

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

57 (9.3.1925)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Mustestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S. ohne Zustellung. Einzelheft 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einseitige Standardzeile 30 S. auswärts 35 S. Reklamen 80 S. Annoncenabteilung 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Donnerstags mittags. Geschäftsstelle: Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion: verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. C. & C. E., sämtliche in Karlsruhe.

## Otto Braun Präsidentschaftskandidat der sozialdemokratischen Partei

Berlin, 7. März. (Eig. Bericht.)

Der Parteiausschuss und die Reichstagsfraktion beschäftigten sich heute in einer gemeinsamen Sitzung mit der Reichspräsidentenwahl. Es wurden die Fragen erörtert, ob die Partei im ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufstellen oder sofort für einen Sammeltand Kandidaten stimmen sollte. In einer mehr als sechsstündigen Sitzung entschied sich die Mehrheit für die Aufstellung eines eigenen Kandidaten im ersten Wahlgang. Der Parteivorstand zog sich daraufhin in einer Sitzung zurück, in der einstimmig die Aufstellung des Genossen Braun als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl beschlossen wurde. Der Parteiausschuss und die Reichstagsfraktion schlossen sich diesem Beschlusse einstimmig an. Otto Braun erklärte sich daraufhin zur Annahme bereit.

Zweifellos entspricht dieser Beschluß auch dem Wunsch der erdrückenden Mehrheit der Parteigenossen. Die Aufstellung eines gemeinsamen republikanischen Kandidaten wäre möglich gewesen, wenn man sich auf einen Sozialdemokraten einigte. Unmöglich aber war, daß die Partei, die die Republik geschaffen hat und die die härteste und entschlossenste republikanische Partei ist, die Partei, die der Republik in der Person des Genossen Ebert den ersten Präsidenten gegeben hat, ungenügend war, daß die Sozialdemokratie auf den Kampf unter der eigenen Flagge verzichtete. Der berechtigte Stolz der Parteigenossen hätte sich also dagegen aufgebäumt.

Die Sozialdemokratie geht also, nur auf sich selbst gestellt, in diesen großen Kampf, in dem vielleicht das Schicksal der Deutschen Republik entschieden wird und den die ganze Welt mit ungeheurer Spannung verfolgt. Wie sie ihn besteht, davon hängt für das deutsche Volk, ja für ganz Europa unendlich viel ab. Außerordentliche Anstrengungen werden an die Diszipliniertheit und Arbeitsfertigkeit jedes einzelnen gestellt werden. Aber jeder einzelne wird auch getragen werden von dem Bewußtsein, daß es eine weltgeschichtliche Entscheidung ist, an der er hier mitwirkt.

Zur Frage der Präsidentschaftswahl schreibt der „Montag“: Die Meldung einiger Blätter, daß der frühere Vizeminister Dr. Jares als einziger Kandidat der rechtsstehenden Parteien aufgestellt worden sei, ist insofern verfehlt, als die offizielle Proklamierung des Kandidaten der rechtsstehenden Gruppen nicht von Mittwoch erfolgen dürfte. Das Blatt hält es für möglich, daß es noch zu Verhandlungen mit dem Zentrum komme, die vielleicht zu einer gemeinsamen Kandidatur aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten führen könnten. Bei den getriggen Besprechungen der Vorstände der Reichstags- und Landtagsfraktionen des Zentrums habe es sich lediglich um eine Vorbereitung in der Kandidatenfrage gehandelt. Die Entscheidung bleibe dem Parteiausschuss des Zentrums vorbehalten, der erst am Mittwoch zusammentritt.

## Dr. Simons stellvertretender Reichspräsident

Berlin, 7. März. Der Reichsenrat des Reichstags trat heute Mittag 12 Uhr zu einer kurzen Sitzung zusammen. Es wurde die Sitzung dahin erzielt, daß im gegenwärtigen Falle der Reichspräsident Dr. Simons in Leipzig die Stellvertretung des Reichspräsidenten bis zur endgültigen Neuwahl übernimmt. Ein diesbezügliches Stellvertretungsgeheim wird voraussichtlich bereits am Montag von der Regierung dem Reichstag vorgelegt werden.

## Das Urteil gegen Separatist Helfrich

Zweibrücken, 7. März. Im Prozeß gegen den ehemaligen Bürgermeister und Separatist Martin Helfrich von Mündelweiler, der bekanntlich am 20. Januar 1925 im Verlaufe eines Wortwechsels den Schied Waldie erschoss und einen anderen Mündelweiler Bürger schwer verletzt hatte, beantragte der Staatsanwalt wegen Totschlags 7 Jahre und wegen Totschlagsversuchs 3 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Das heute mittags gefällte Urteil lautet auf Lebenszeit auf 6 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust.

## Die Berufung im Magdeburger Verleumdungsprozeß

Berlin, 7. März. Wie bekannt, beginnt der Prozeß Rudolf in der Berufungsinstanz vor dem Magdeburger Landgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rudolf am 10. März. Die Nebenklage des Reichspräsidenten ist durch das Ableben des Klagegegners hinfällig geworden.

## Eisenbahngeneralstreik in Griechenland

Paris, 8. März. Die Agentur Savas berichtet aus Athen: Seit Samstag vormittag ist der Generalstreik ein förmlicher griechischer Eisenbahnen ausgebrochen.

Weitere telegraphische Meldungen unter letzte Nachrichten.

## Der deutschnationale Aufwertungs- betrug vor dem Reichstag

Die Heuchler in der Zange

Die Deutschnationalen haben in der kurzen Zeit ihrer Regierungsberrschung schon in reichlichem Maße gezeigt, wie sie als Oppositionspartei das Volk betrogen und belogen haben. Ein besonderes Skandalbildet in dieser Beziehung die Aufwertungsfrage. Immer wieder hat die sozialdemokratische Fraktion berichtet, die Deutschnationalen wenigstens für ihre Anträge, die sie früher gestellt haben, zu interessieren. Aber bisher wurde von dieser „Volkspartei“ nach jedesmal das verneinet, was ihr vor dem Eintritt in die Regierung wenigstens mit Worten als „Heiligtum“ galt.

Auch in der Samstagssitzung des Reichstags wurden die deutschnationalen Aufwertungsanträge kritisch in die Zange genommen. Es ist Aufgabe der Linken, dem Volke zu zeigen, wie sehr die Taten der Deutschnationalen sich von ihren Aufwertungsreden unterscheiden, seitdem diese Partei in der Regierung sitzt. Wir beantragen also, die deutschnationalen und sozialdemokratischen Aufwertungsanträge auch als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu bringen. Die Deutschnationalen machten allerlei Manöver, um dies zu verhindern. Es mußte im Sammelbureau abgeklärt werden: mit 140 gegen 133 Stimmen wurde beschlossen, die Aufwertungsanträge sofort zu beraten. Von den Deutschnationalen stimmt nur der Abgeordnete Reil mit der Linken. Der Demokrat Reichthofen begründete kurz den deutschnationalen Antrag. Dann nahm sich Genosse Reil die Aufwertungsfrage der Deutschnationalen vor. Eine unangenehme Erinnerung folgte der anderen. Reil erinnerte daran, daß im Mai vorigen Jahres die Deutschnationalen die sofortige Aufwertung als eine *Conditio sine qua non* gestellt hatten. Er rief Herrn Reil ins Gedächtnis zurück, daß dieser das Aufwertungsgeheim für den ersten Tag deutschnationaler Regierungsberrschung in Aussicht gestellt habe und nun machten die Deutschnationalen Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten. Bei der Beschaffung der 700 Millionen an die Ruhrindustrie habe es aber keineswegs Schwierigkeiten gegeben. Die Deutschnationalen seien eben in der Hand der aristokratischen Aufwertungsgegner und die deutschnationalen Wahlversprechen seien als Lügen entlarvt.

Die Regierungserklärung war trotz Laß. Der greife Reichstagsminister Franken verlas einige Zeilen. Er, der Minister einer deutschnational beeinflussten Regierung, schloß den sozialdemokratischen Antrag ab, der doch nur eine Neuauflage des früheren deutschnationalen Antrages war. Im übrigen stellte er den Aufwertungsgegenstand nur baldigst in Aussicht. Die Regierung hat also ihr Wort von Anfang Februar, daß der Geheimeurteil innerhalb drei Wochen einbracht werde, nun vollkommen preisgegeben. In großer Verlegenheit trat der deutschnationalen Führer Herat auf die Tribüne. Er sprach davon, daß die Regierungserklärung auch ihn nicht voll befriedige. Nun redete er, daß die Aufwertungsfrage nun einmal stehen geblieben sei, daran sei nicht seine Partei schuld. Die Regierung habe keine etwas den Kopf verloren zu haben und müsse weiter unter hydraulischem Druck gehalten werden. Alles sei zu vermeiden, was im Lande falschen Auffassungen über die Aufwertung und früherigen Soffmannen Nahrung geben. Damit stellte der deutschnationalen Führer der deutschnationalen Wahltagung selbst das Zeugnis der Verlogenheit aus.

Im Laufe der langen Debatte war unter Genosse Herat den Deutschnationalen vor, daß um so mehr Schwierigkeiten sie gegen die Aufwertung machten, um so leichter sich die Aufwertung bewerkstelligen ließe. Neh, wo die Währung stabil sei und die Wirtschaft zu gedeihen anfangen ließe sich viel eher eine nennenswerte Aufwertung durchführen als vor einem Jahre. Nun aber sollten die Deutschnationalen nicht mehr mitmachen, weil sie glaubten, für die nächsten vier Jahre vor Neuwahlen zum Reichstag gesichert zu sein.

## Sitzungsbericht

Berlin, 7. März. (Eig. Bericht.)

Der Reichstag setzte am Samstag die zweite Lesung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Reil (Soz.), zunächst die Anträge zur Aufwertungsfrage zu beraten. Für den Antrag Reil stimmten Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten. Im Sammelbureau wird der Antrag mit 140 gegen 133 Stimmen angenommen. Zur Beratung kommt also zuerst der demokratische Antrag, der die Reichsregierung ersucht, unverzüglich ein neues Aufwertungsgeheim vorzulegen. Verbunden damit wird ein Antrag Müller-Franken (Soz.), die dritte Steuererhöhung zum 31. März aufzuheben.

Abg. v. Nächstofen (Dem.) begründet den demokratischen Antrag. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß die am 5. Februar fertig gegebene Aufgabe der Reichsregierung, in drei Wochen die Aufwertung vorzubereiten, nicht eingehalten worden ist. Die Aufwertungsfrage sei für die ganze Wirtschaft von so großer Bedeutung, daß sie nicht länger in der Schwebe bleiben dürfe. Das Volk verlange vom Reichstag, daß seine Parteien die Versprechungen erfüllen, die sie im Wahlkampf den Wählern in der Aufwertungsfrage gemacht haben.

Abg. Reil (Soz.)

begründet den sozialdemokratischen Antrag, der genau dasselbe will wie der am 25. Juni v. J. von den Deutschnationalen eingebrachte Antrag. Am 28. Juni hat Dr. Herat ausgeführt, die Deutschnationalen Partei erklärte der Regierung Kapp und Herat, daß die Aufwertungsfrage für sie eine *Conditio sine qua non* sei. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Herat hat damals weiter gesagt, er verstehe nicht, warum die Regierung in dieser Frage so zögernd und so zurückhaltend sei. Es bestohe in der Aufwertungsfrage nicht bloß eine einfache Mehrheit nach Art des Vertrauensvotums, er meine beinahe, es sei eine Einheitsfront vorhanden für diese Aufgabe, die in wirklich staatsmännischem Sinne gelöst werden müsse. (Große Heiterkeit.) Die Regierung hat auch wieder versagt. Daher haben wir schon am 3. Februar den deutschnationalen Antrag wieder aufgenommen. Herr Herat hat nun die Lösung der Aufgabe versprochen, wenn seine Partei an die Regierung komme. Dann werde der Entwurf eines Aufwertungsgeheimes in wenigen Tagen fertig sein. (Große Heiterkeit.) Der Finanzminister vom vorigen Jahre ist heute Reichsminister, Herr v. Schlieffen ist Finanzminister, beides Herren, die den Deutschnationalen sehr zugeneigt sind. Trotzdem die Regierung schon seit zwei Monaten in ihrem Amte ist, ist die Aufwertungsfrage noch genau so weit, wie sie im vorigen Jahre war. Nun aber haben die Deutschnationalen ganz ihren Aufwertungsantrag vergessen. Die Sozialdemokraten hatten schon im Ausschuss erklärt, daß sie bereit seien, für den deutschnationalen Antrag zu stimmen, der damit eine Mehrheit gefunden hätte. Im Wahlkampf haben die Deutschnationalen mit verführten Mitteln Aufwertungsdemagogie getrieben und zahlreiche Wähler sind ihnen damit in die Falle gegangen. Die Deutschnationalen gelangten in die Regierung, jetzt aber vor keine Rede mehr von ihrem Antrag vom 25. Juni, sie begnügten sich, die Aufhebung der Keinen Notverordnung vom 4. Dezember 1924 zu beantragen. Wie ernst es ihnen auch damit war, haben wir in der Reichstagsfraktion vom 5. Februar erlebt, als die Deutschnationalen auch diesen ihren eigenen Antrag ablehnten. Damals wiesen die Deutschnationalen auf die feierliche Erklärung hin, daß die Regierung innerhalb drei Wochen eine Vorlage einbringen werde. Diese drei Wochen sind um, die Vorlage ist aber nicht da. Der Keinen Gläubiger und Später hat sich eine ungeheure Enttäuschung bemächtigt, sie sind empört darüber, daß bis jetzt nichts getan ist. Die Proteste häufen sich berges. Es wird auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der Aufwertung entgegenstehen. So verhindern der Finanzausgleich mit den Ländern die Lösung der Aufwertungsfrage. Aber gerade die deutschnationalen Regierungen in den Ländern machen beim Finanzausgleich die größten Schwierigkeiten. Wir sind der Auffassung, daß die Aufwertung dem Finanzausgleich vorausgehen muß, daß das Reich zuerst seine Verpflichtungen den Sparern und Gläubigern gegenüber erfüllen muß. Nach der Erfüllung dieser Entschädigungsansprüche kann dann zum Finanzausgleich geschritten werden. Es wird weiter gesagt, daß die Beschaffung der Summen Schwierigkeiten mache. Wenn es aber keine Schwierigkeiten gehabt hat, 700 Millionen Mark an die Ruhrindustriellen zu zahlen, so darf es doch auch keine Schwierigkeiten machen, die Keinen Gläubiger und Spärer zu befriedigen. Im Volke herrscht jetzt allgemein die Auffassung, daß den Reichen immer mehr gegeben wird, daß aber für die Armen nichts übrig ist. Warum werden jetzt Ermäßigungen der Besitzsteuer vorgenommen, warum werden nicht die Mittel zur Aufwertung aus den Besitzsteuern genommen? Warum hat die Regierung nicht schon längst einen Gesetzentwurf zur Erfassung der Inflationsgewinne und zum Ausgleich der Vermögensverhältnisse vorgelegt? Mit einer Vermögensausgleichsteuer könnten Sie beweisen, daß Sie die Finanzskandale nicht bloß zur politischen Hecke, sondern zur wirklichen Erfassung der Inflationsgewinne benutzen wollen. Wir verlangen die sofortige Erfassung der Inflationsgewinne. Die wirklichen Schwierigkeiten in der Lösung der Aufwertungsfrage liegen nicht in den

worin genannten Punkten, fordern sie gehen auf die großkapitalistischen Einflüsse zurück, die der Aufwertung feindlich gegenüberstehen. Dann soll sich die Regierung aber nicht auf Scheingründe berufen, sondern eingestehen, daß sie zwar 700 Millionen für die Ruhrindustriellen, aber nichts für die kleinen Gläubiger und Sparer übrig hat. Wir verlangen die sofortige Beratung unseres Antrags und die Befreiung der 3. Steuernotverordnung. Wir wollen nicht die Verschleppung an den Ausschuss, denn damit haben wir bereits bittere Erfahrungen gemacht. Jetzt gilt es, nicht nur den Mund zu spülen, sondern es muß auch geputzt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Reichsjustizminister Trenten:**

Die Reichsregierung hat seit der Zufage vom 5. Januar die Arbeiten zur Lösung der Aufwertungsfrage mit aller Energie gefördert, so daß der Gesetzentwurf in kürzester Frist vorgelegt werden kann. (Hör! Hör! links: In wieviel Monaten?) Bei der ungewöhnlich großen wirtschafts- und rechtspolitischen Bedeutung dieser Frage hielt die Regierung sich aber für verpflichtet, den Gesetzentwurf den gesetzgebenden Körperschaften erst vorzulegen, nachdem sie die Beweiskraft gewonnen hat, daß er in seinen Grundzügen von einer Mehrheit dieses hohen Hauses getragen wird. (Hör! links: Der muß ja gut aussehen!) Diese Beweiskraft konnte bisher in dem nötigen Umfang noch nicht gewonnen werden. (Hör! Hör! links.) Die Bemühungen werden ununterbrochen fortgesetzt, jedoch die Vorlage nunmehr baldmöglichst erfolgen wird. (Gelächter links.) Zu dem Antrag der Sozialdemokraten kann die Regierung nur pflichtgemäß erklären, daß die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung zu einem Chaos auf dem Gebiete der Rechtspflege und Wirtschaft führen müßte und daß die Regierung die Verantwortung für eine solche Maßnahme nicht würde tragen können. (Hör! Hör! links.)

Abg. Dert (D.N.): Ich unterbreite die Mahnungen des sozialdemokratischen Redners und erkläre, daß mich die Begründungsworte des Ministers für die Verzögerung nicht befriedigt haben. Bei den Ausschussberatungen hat sich die Notwendigkeit ergeben, Arbeit über die rechtliche Behandlung der verschiedenen Forderungen und über die Steuer zu schaffen, aus deren Ertrag die Aufwertung geleistet werden kann. Diese Arbeit kann nur die Regierung schaffen. Darum ist jetzt mit Anträgen der Parteien nichts zu erreichen. (Hör! links: Ihren Wählern haben Sie das nicht gesagt!) Wir beantragen den sozialdemokratischen Antrag dem Ausschuss zu überweisen. Dem demokratischen Antrag stimmen wir zu.

Abg. Dr. Schetter (Zr.) bedauert, daß sich die Einlösung des Regierungsversprechens so verzögert hat. Die Lösung sei jetzt dadurch komplizierter geworden, weil die Regierung die Aufwertungsfrage zu einer Steuerfrage gemacht hat. Der sozialdemokratische Antrag sei unannehmbar. Dem demokratischen Antrag werde das Zentrum zustimmen.

Abg. Dr. Wunderlich (D.N.): Die von der Regierung angeführten Gründe für die Verzögerung der Lösung können nicht als durchschlagend angesehen werden. Der sozialdemokratische Antrag sei gar nicht ernst gemeint. Dem demokratischen Antrag werde die Volkspartei zustimmen.

Abg. Hille (Komm.): Die Regierung hat mit ihren Steuerplänen gezeigt, daß sie auch eine Lösung der Aufwertungsfrage nur in der Weise beabsichtigt, daß die Lasten der dritten Klasse des arbeitenden Volkes aufgelegt werden.

Abg. Jörles (Wid. Vg.) bedauert die Verzögerung des Regierungsversprechens. Abg. Dr. Gumminger (N.P.) äußert ebenfalls große Enttäuschung über die hinauszögernde der gesetzlichen Lösung der Aufwertungsfrage. Das Problem des Finanzausgleichs könne erst gelöst werden nach der Lösung der Aufwertungsfrage.

Abg. Dr. Pest (D.N.): Die dritte Steuernotverordnung ist das schlimmste Unrecht, das seit Jahrhunderten in der deutschen Geschichte begangen worden ist. Die prozentuale Aufwertung ist die gerechteste und die allein wirtschaftlich tragbare. Die Einwendungen der Großkapitalisten und der großen Wirtschaftskreise sind nicht stichhaltig. Die chemische und die Schwerindustrie hat ihre Substanz gegenüber dem Stand der Vorkriegszeit verdoppelt und verdreifacht. Wenn diese Unternehmungen nach der dritten Steuernotverordnung nur 15 Proz. ihrer Schulden abzutragen haben, so ist das eine ganz ungerechtfertigte Schädigung der Gläubiger. Es kann nicht gebilligt werden, wenn große Unternehmungen ihren riesigen wertvollen Grundbesitz in der Goldbilanz auf 1 Mark abdrücken. Die für Amerika bestimmten Anleiheprospekte der Großindustrie zeigen ebenfalls große Enttäuschung über die hinauszögernde der gesetzlichen Lösung der Aufwertungsfrage. Das Problem des Finanzausgleichs könne erst gelöst werden nach der Lösung der Aufwertungsfrage.

Abg. Seiffert (N.S.) begrüßt den Vorstoß der Sozialdemokratie und erklärt er hätte sonst den gleichen Antrag eingebracht, um endlich die großen Parteiführer zum Parteibekennen zu zwingen. Er habe auch Unterschriften für den Reichstagsentwurf gesammelt. Sonst wäre es kaum gelungen, für diesen Entwurf die nötige Unterstützung bei den deutschnationalen Fraktionsgenossen zu finden. (Hör! Hör!)

**Abg. Dr. Herk (Soz.):**

Mit dem Verlauf der Debatte können wir sehr zufrieden sein, besonders mit den zwei deutschnationalen Rednern, von denen der eine gegen, der andere für die Aufwertung gesprochen hat. Nichts kennzeichnet besser als diese Tatsache die Nichterfüllung der Versprechungen, die die Deutschnationalen gemacht haben. Die Rede des Abg. Pest war eine Anklage gegen die Regierung und die deutschnationale Fraktion. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir werden an sie erinnern, wenn wir uns weiter mit der Frage der Aufwertung und den Steuernotverordnungen beschäftigen. Besonders seine Hinweise auf die Entwicklung des Wirtschaftslagens und die Rentabilität des industriellen Kapitalismus zeigen, wie unbedeutend der Einwand ist, daß aus wirtschaftlichen Gründen keine Aufwertung erfolgen könne. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Erklärung der Regierung hat uns nicht überrascht. Sie war ein Symbol dafür, was feierlich abgegebene Erklärungen dieser Regierung bedeuten. Nämlich nichts. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn wir nicht annehmen wollen, daß die Erklärung der Regierung vom 5. Februar unüberlegt und leichtfertig abgegeben wurde, dann haben wir für ihre heutige Stellungnahme keine andere Erklärung, als daß inzwischen Widerstände gegen die Aufwertung entstanden sind, von denen sie uns keine Kenntnis gibt. Sie will lieber das Oidium des Bruchs ihrer Versprechungen auf sich nehmen als das Eingeständnis, daß sie durch den gewaltigen Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftskreise ihre Versprechungen nicht erfüllen kann. Die Regierung behauptet, es sei keine Zeit zu Versprechungen mit den Parteien gewesen. Wenn will sie das glauben machen, wenn sie das Mittel der Parteibesprechungen überhaupt nicht angeordnet hat?

Wir sind mit der Erklärung der Regierung auch deshalb unzufrieden, weil die Nebenwendungen „in kürzester Frist“ und

„baldigst“ in parlamentarischer Sprache nichts anderes bedeuten als eine Verdröpfung und den Versuch, diese Frage auf die lange Bank zu schieben. Das werden wir niemals zugeben. Auch der Grund, daß keine genügende Mehrheit da sei, auf die sich die Regierung stützen könne, ist nicht stichhaltig. Sie hatte diese Mehrheit doch schon, als sie die Regierungserklärung im Januar abgab. Sie braucht die Mehrheit also zu ihrem Gesetzentwurf nicht erst herzustellen. Wir verlangen im übrigen von der Regierung Auskunft darüber, in welchem Maße Vorstellungen der Organisationen der kapitalistischen Unternehmer die Rückvorsorge des Gesetzentwurfs herbeigeführt haben. Ich richte weiter an die Regierung die bestimmte Anfrage, ob es richtig ist, daß eines ihrer leitenden Mitglieder vor einem größeren Kreise von Personen in den letzten Tagen die Erklärung abgegeben hat, daß die Aufwertungsfrage für Deutschland sich zu einem politischen Verbrechen ausgemach habe. (Hör! Hör! bei den Soz.) Wenn wir in Verbindung damit den Abzug der Besitztümer ansehen, so finden wir, daß die jetzige deutschnationale Regierung der Aufwertungsfrage viel weniger sympathisch gegenübersteht, als die frühere. Für diese Wendung zum Schlechten lassen sich objektive Gründe nicht aufzählen.

Der Abg. Herk hat im vorigen Jahre kein Wort von den Schwierigkeiten in der Aufwertungsfrage gesagt, die er heute anführt. Damals richtete er heftige Anklagen gegen die republikanische Regierung, die eine Lösung für unmöglich hielt. Heute aber hat er sachliche Einwände gegen die Aufwertung in Hülle und Fülle. Diese Einwände sind nicht erst seit heute und gestern bekannt. Aber solange die Deutschnationalen keine Verantwortung zu tragen hatten, haben sie verantwortungslos gehandelt und alles verdröpt, um jetzt nichts davon zu halten. Die Sozialdemokratie hat ihre Stellung nicht gewandelt. Ich erinnere daran, daß der Abg. Gumminger als Reichsjustizminister, der sich heute als „Aufwertungsminister“ bezeichnet, als einer der wichtigsten Verantwortlichen die dritte Steuernotverordnung unterzeichnet hat. Als Reichsjustizminister hat er sich für die Verordnung eingesetzt, trotzdem er Herr Dert gegen ihn seinen Vornam, obwohl er sich aus einem Gegner zum Parteiführer der Aufwertung entwickelt hat. Diese Entwicklung ist aber ganz konsequent vor sich gegangen. Die dritte Notenverordnung ist geschaffen worden, als noch niemand wußte, ob Deutschland im Chaos untergehen würde, wie die Entwicklung der Währung sich gestalten, ob die Arbeitslosigkeit überhand nehmen, ob andere wirtschaftliche Schwierigkeiten uns in den Abgrund reißen würden. Damals haben auch wir und andere verantwortungsvolle Politiker sich von dem demagogischen Geschrei der Deutschnationalen ferngehalten. Unsere weitere Stellungnahme entspricht der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Gesundung. Zwischen unserer Haltung und der der Deutschnationalen besteht aber ein großer Unterschied. Je größer die Möglichkeiten für die Aufwertung sind, um so abstehernder verhalten sich dazu die Deutschnationalen. Wir dagegen wollen um so eifriger an der Beilegung des Unrechts an den kleinen Gläubigern und Sparern arbeiten, je mehr die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich vermindern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben schon im vorigen Jahre die Wege zur Abänderung der dritten Steuernotverordnung gewiesen, diese Linie verfolgen wir auch heute konsequent weiter.

Die Situation ist heute anders als bei der Schaffung der Notenverordnung. Die Währung ist gesichert, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind geringer geworden, die Finanzverhältnisse des Reiches haben sich gebessert, die Regierung hat 700 Millionen für das Reichkapital übrig. Die Mittel und Möglichkeiten für die Aufwertung sind also vorhanden. Wenn das Reich Mittel für die großen Kapitalisten hat, dann muß es auch Mittel für die Aufwertung haben. Die Gelder des Reiches müssen gerecht verteilt werden. Weil die Aufwertung möglich ist, ohne die Währung zu gefährden, ohne eine größere Arbeitslosigkeit und Finanzschwierigkeiten herbeizuführen, darum muß die Regierung eine durchaus positive Stellung zur Aufwertungsfrage einnehmen. Ich verziehe darauf, noch einmal in Erinnerung zu bringen, welche hemmungslose Demagogie die Deutschnationalen in der Aufwertungsfrage getrieben haben. Heute müssen in ihrer Fraktion die wenigen Aufwertungsfreunde einen heftigen Kampf gegen die zahlreichen Aufwertungsgegner führen. Bezeichnend dafür ist ein Artikel, den der Abg. Steininger vor einigen Tagen in der „Nationalpost“ veröffentlicht hat. Darin heißt es, daß die Wähler nicht vergessen werden, welche Wohlversprechungen ihnen die Deutschnationalen gemacht haben. Das ist ein verächtliches Urteil gegenüber der heutigen Stellung der Deutschnationalen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Regierung behauptet, wenn nach unserem Antrag die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung erfolge, dann werde ein Chaos in der Reichsfinanz entstehen. Wie kann aber ein Chaos entstehen, wenn die Erklärung der Regierung richtig ist, daß die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf schon abgeschlossen seien? (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie den Gesetzentwurf dem Reichstag vorlegen, dann können Sie ihn binnen 24 Stunden fertig haben und damit ist auch diese schwierige Frage entschieden. Wir haben niemals beirriten, daß die Aufwertungsfrage ein verantwortungsvolles Gebiet darstellt und deshalb stehen wir uns niemals zu hemmungslosen Versprechungen hin. Unser Antrag befindet sich aber in lebendiger Zustimmung mit unserer früheren Erklärungen, wonach wir keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß wir aufwerten wollen, wenn wir die Mittel dazu haben. Wir wollen die Reichsregierung und die widerstrebenden Wirtschaftskreise dazu zwingen, ihren passiven und aktiven Widerstand aufzugeben. Wenn Sie unseren Antrag heute ablehnen, so werden die Spar- und Gläubiger sehen, daß in der Aufwertungsfrage kein Schritt weiter gekommen ist. Das zu beantworten, haben Sie heute Gelegenheit. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministers verliest darauf einen Brief des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht an den Reichskanzler, in dem sich Dr. Schacht gegen die in einem nationalsozialistischen Antrag aufgeführte Behauptung, Reichsbankpräsident Dr. Schacht habe zu Vandalendirektoren gehöhrt, im schlimmsten Falle würde der Reparationsagent gegen die Aufwertung sein Veto einlegen, wie folgt wendet: „Die in dem Antrag Graf Reventlow und Gen. mit zugegebene Äußerung ist in jeder Hinsicht frei erfunden.“ (Hör! Hör! links.)

Abg. Seiffert (N.S.) erklärt, die jetzt bestrittene Äußerung des Reichsbankpräsidenten sei an der Spitze allgemein gesprochen worden.

Damit ist die Ausdrucksweise beendet. — Der demokratische Antrag, der die Regierung ersucht, unverzüglich ein neues Aufwertungsgezet vorzulegen, wird einstimmig angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung zum 31. März und Ersatz durch ein Auf-

wertungsgezet wird auf Antrag der Deutschnationalen einem Ausschuss überwiesen. — Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Ausdrucksweise.

Für den gegen den Reichsbankpräsidenten gerichteten Antrag der Nationalsozialisten erheben sich unter großer Heiterkeit nur die Antragsteller.

Darauf wird die Einzelberatung des Etats des Reichsrechnungsinstitutums fortgesetzt. — Ohne wesentliche Debatte wird der Etat verabschiedet.

Um 1/2 11 Uhr verlegt sich das Haus auf Montag 2 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Gesetzentwürfe über den Termin der Reichspräsidentenwahl, über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und über die Übernahme der Bejahungssachen des verstorbenen Reichspräsidenten auf die Reichskasse.

**Deffnung der französischen Kriegsarchive**

Paris, 7. März. (Eig. Bericht.) In der „Ere Nouvelle“ teilt der bekannte französische Schriftsteller Victor Margueritte, der seit Monaten einen mühsamen Kampf für die Öffnung der Kriegsarchive führt, am Freitag mit, daß Herriot sich nach langem Zögern entschlossen habe, der von der Liga der Menschenrechte unternommenen Anregung Folge leistend die französischen Kriegsarchive zu öffnen und auf dem Wege einer unparteiischen Untersuchung die Veranlassung zum Kriegsausbruch an Hand der amtlichen Dokumente prüfen zu lassen. Dieser Entschluß Herriots, der von der gesamten französischen Presse bisher mit großer Freude aufgenommen wurde, ist die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Fontanier. Margueritte beglückwünscht die Regierung zu diesem Entschluß, der um so notwendiger gewesen sei, als Deutschland auf diesem Wege bereits seit langem vorausgegangen sei. Außerdem erfordere die elementare Gerechtigkeit, daß der Artikel 231 des Friedensvertrages, in dem von Deutschland durch die Drohung mit Hungers und Hunger „das Geändnis“ einer Alleingeburt am Krieges erpreßt worden sei, endlich durch das unparteiische Urteil der Geschichte revidiert werde.

**Der Kampf um die Schule im Elsas**

Paris, 7. März. (Eig. Bericht.) Der katholische Mercur Frankreichs hat seinen Kampf gegen das Ministerium Herriot, der die Behörden im Elsas und in Lothringen ermächtigt, die interkonfessionelle Schule in der durch das lokale Gesetz vorgegebenen Form einzuführen, lebhaft kritisiert in der katholischen Presse hervorgehoben. So schreibt der „Eclair“, es handle sich um einen Akt der Vergewaltigung und der Brutalität.

Paris, 7. März. (Eig. Bericht.) Die „Reit Parissen“ aus Straßburg meldet, daß der Entschluß des Ministerpräsidenten Herriot, die die Behörden im Elsas und in Lothringen ermächtigt, die interkonfessionelle Schule in der durch das lokale Gesetz vorgegebenen Form einzuführen, lebhaft kritisiert in der katholischen Presse hervorgehoben. So schreibt der „Eclair“, es handle sich um einen Akt der Vergewaltigung und der Brutalität.

**Hamburg ehrt das Andenken Eberts**

Hamburg, 6. März. (Eig. Bericht.) Am Freitag fand in Hamburg die offizielle Totenfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert durch Senat und Bürgerschaft statt. Um 11 Uhr versammelten sich im großen Festsaal des Rathhauses die Mitglieder des Senats und der Bürgerschaft, die Senatoren der Behörden, des großen Konularats in Uniform, Redatoren und Dekane der Universität und viele führende Persönlichkeiten aus Handel und Industrie. Nachdem das Wohlwärmische Orchester den Trauermarsch aus der „Eroica“ gespielt hatte, hielt Bürgermeister Dr. Peterßen eine in warmen Worten gehaltene Trauerrede. Nach der Rede verharnten alle Anwesenden in zweiminütigem Schweigen, worauf mit der „Camont“-Ouverture die Trauerkunde geschlossen wurde.

Die Sitzung der Bürgerschaft wurde mit einem Nachruf des Präzidenten Koss eröfnet, die besonders des staatsmännischen Wirken in später nichtprophetischer Weise hervorhob. Nach der Ansprache wurde die Sitzung um Zeichen der Trauer auf eine Viertelstunde unterbrochen. Kommunisten und Sozialisten waren bei der Trauerfeierlichkeit nicht anwesend.

**Gemeindewahl**

**Ein pietätvoller Bürgermeister**

Aus Esch wird uns berichtet: Mittwochabend fand hier eine Bürgerauswahl statt, in der nur eine Sache aus Erledigung kam, die auch nach längerer Debatte gegen eine Stimme angenommen wurde. Obwohl wir nicht bestimmt veranlagt sind, so nahmen wir doch an, daß gerade in dieser Sitzung unseres toten Reichspräsidenten von Seiten des Herrn Bürgermeisters gedacht werden! Dem war aber nicht so. Auf eine kurze Anfrage eines unserer Genossen, was das Bürgermeisteramt in dieser Angelegenheit am Tage der Beisetzung der Leichname des Reichspräsidenten zu tun gedachte, wurde von Seiten des Herrn Bürgermeisters erwidert, daß eine Verlesung in dieser Sache vom Beiratsamt nicht vorliege. Auf diese Erwiderung hin ergriff Gemeinderat Kassel das Wort und äußerte sich, daß auch von ihm angenommen worden sei, daß vom Bürgermeister in der heutigen Sitzung in kurzen Worten des verstorbenen Reichspräsidenten gedacht werden. Auch sei die Schwärzungsrede des Reichspräsidenten, deren Anschaffung der Gemeinderat schon vor einem halben Jahre beschloffen habe, bis heute noch nicht beschafft worden. Daraufhin schritt der Herr Bürgermeister unserem Genossen das Wort ab mit den Worten: „Der Gemeinderat Kassel, die Sache geht ins Politische über und ich schlechte hiermit die Verlesung.“ Obwohl wir an der Unterstützung des Herrn Bürgermeisters sehr wohl nicht zu tadeln hatten und auch seit längerem Jahren eine ernste Auseinandersetzung zwischen den beiden Bürgerauswahlparteien nicht stattgefunden hat, so glauben wir doch, daß am letzten Mittwochabend der Herr Bürgermeister mit der ähneln Aufhebung der Sitzung nicht richtig gehandelt hat. Schon in jedem Gemeinderatsamt sind die Parteien auf politischem Gebiete aneinandergeraten, ohne daß die Sitzungen aufgeschoben wurden. Im ganzen Lande haben in den Städten und auch in kleinen Gemeinden Trauerkundgebungen für den toten Reichspräsidenten stattgefunden. Es wäre der Gemeinde überflüssig kein Schaden erwachsen, wenn der Herr Bürgermeister in der Bürgerauswahl nicht mit kurzen Worten dem Verstorbenen des Reichspräsidenten gedacht hätte. Gerade die verhältnismäßige Tätigkeit des Reichspräsidenten wurde mit Ausnahme der beiden erkrankten Parteien von allen Seiten anerkannt. Wir wollen mit dieser Angelegenheit des Friedens nicht ausbrechen, aber wir möchten doch den Herrn Bürgermeister darauf aufmerksam machen, daß es in unserer Gemeinde ehrliebe Kommunisten gibt, die mit Empörung die Sitzung verlassen haben.



# Unterhaltung und Belehrung

## Kaspar Hauser

Nach gedruckten und schriftlichen Quellen dargestellt

Von Georg Gärtner

(Fortsetzung)

Bald nach dem Todesfall tauchte Stanhope wieder in Karlsruhe auf. Er verkehrte beim Großherzog Leopold und beim Markgrafen Wilhelm. Von da ging er nach Baden-Baden, wo er mit dem von Mahberg herübergekommenen Hennenhofer ein Zusammenreffen hatte. Dann begab er sich nach Mannheim, wo er einige Wochen blieb. Er hatte einen großen Kreditbrief von der Firma Samuel Haber, Hofbankier in Karlsruhe. In Mannheim suchte er auch die Großherzogin Stephanie auf. Der Hauptzweck war, von ihr auszuforschen, was sie in der Sache vorhatte und wie weit überhaupt ihre Kenntnisse von der Angelegenheit reichten. Er blieb auch später in Briefwechsel mit dem Großherzog Leopold und wahrheitsgemäß auch mit Stephanie, ebenso stand er mit Hennenhofer in ständiger Verbindung. In einem angeleglichen Briefe Stanhopes an Hennenhofer vom Dezember 1830 berichtet jener über Aeußerungen, die ihm Leopold gemacht habe: Der Prinz (Kaspar Hauser) solle, ohne ihn mit seiner Herkunft bekannt zu machen, im Stillen ertragen werden, um ihn nach und nach in seine neue Rolle einzuführen. Kaspar solle plötzlich verschwinden, auf Reisen gehen, unter einem angenommenen fürstlichen Namen in der badischen Residenz aufhalten, wo er die Tochter des Großherzogs, die Prinzessin Alexandrine, sehen, sich in sie verlieben und sie dann heiraten solle. Sodann wolle man die Sache im Stillen durch konsidensielle (vertrauliche) Mitteilungen derart einleiten, daß ihm Leopold nach einigen Jahren den Thron abtrete.

Von Mannheim reiste Stanhope, „dieser zur Beseitigung der Kaspar Hauser-Gefahren gedungene Agent“, Ende Mai 1831 nach Nürnberg. „Ein neuer Mordversuch war bei der sorgfältigen Bewachung Hausers fast unmöglich, man mußte deshalb andere Mittel erfinden, um den Zweck zu erreichen, Kaspar Hauser unerschädlich zu machen. Es mußte dazu die erste Aufgabe sein, sich Hauser zugänglich zu machen, um ihn in die Gewalt zu bekommen.“

Zur Ausführung dieses Feldzugsplans soll sich nun Stanhope nach Nürnberg begeben haben. Er stieg wieder, wie vor anderthalb Jahren zur Zeit des Mordversuchs, im „Wilden Mann“ ab, erkundigte sich sogleich nach seiner Ankunft sehr teilnehmend nach dem „lieben verlassenen Jüngling“, den er zu sehen und zu sprechen wünschte. Da er aber hören mußte, daß der Vormund Herr v. Tucher den Zutritt zu Kaspar sehr selten gestatte, ermittelte er sich vom Bürgermeister Wimper die Erlaubnis zu einem Zusammenreffen in dessen Hause. Der Lord war von der Begegnung sehr befriedigt, machte dem Kaspar wertvolle Geschenke und hatte ihn in den nächsten Tagen viel bei sich. Es wurden Wagenfahrten durch die Stadt, nach dem Dudensteich ufw. unternommen. Stanhope machte mit Hauser auch eine Reise nach Ansbach. Er wollte den Jüngling adoptieren. Darüber hatte der Stadtmagistrat Nürnberg zu entscheiden. Der Magistrat verlangte eine Legitimation über ausreichendes Vermögen. Stanhope deponierte einstweilen 500 Gulden, um dem jungen Manne eine bessere Erziehung angedeihen zu lassen. Der Lord, der nach etwa zehn Tagen die Stadt wieder verließ, wünschte eine Verfolgung der durch die Verhüte des Herrn v. Pirch — die dann noch einmal von dem bekannten Humoristen Dr. Saphir wiederholt wurden — nach Ungarn weisenben Spuren. Am 4. Juli 1831 traten der Vormund v. Tucher und der Gendarmenleutnant Hidel, der im Januar 1830 nach Ansbach verlegt worden war, mit Hauser die Reise nach Ungarn an. Sie ging über Regensburg, Straubing, Passau, Linz und Wien nach Preßburg an der ungarischen Grenze, die aber wegen der heranziehenden Cholera gesperrt war. Die Expedition mußte wieder umkehren, ohne zu irgend einem Ergebnis gekommen zu sein.

### 10. Hauser in Ansbach.

Am 4. September 1831 traf Stanhope wieder in Nürnberg ein. Sein Quartier war abermals der „Wilde Mann“. Laut Eintrag im Fremdenbuch kam er von London, er trat glänzend auf und operierte mit großen Kreditbriefen. Ueberall erregte er starkes Aufsehen durch seine Absicht, den Kaspar an Sohnesstatt anzunehmen. Er lud Hauser fast täglich zu sich, ging Arm in Arm mit ihm spazieren und machte ihm reiche Geschenke. Es liefen aber auch allerlei Gerüchte über den englischen Grafen um. Mißtrauischen erschienen die großen Kreditbriefe verdächtig, weil sie nicht auf englische, sondern auf deutsche Handelshäuser, zum Teil solche in Karlsruhe ausgestellt waren. Daraus wollte man entnehmen, daß die Kreditbriefe nicht sein Eigentum, sondern ihm von jenen Leuten anvertraut seien, denen er Hauser in die Hände spielen sollte.

Das aufgetretene Mißtrauen mahnte — so schließen die Vorkämpfer der badischen Theorie — Stanhope zur Vorsicht. Er durfte nicht allzu aufdringlich sein, nicht zu stürmisch vorgehen. Zunächst verlegte er sich darauf, Kaspar durch Geschenke, glänzende Vorstellungen ufw. seinem Vormund v. Tucher und seinen anderen Protectoren zu entfremden. Als der Lord nach Ansbach reiste, um Rücksprache mit Feuerbach zu nehmen, veränderte sich Kaspar's Charakter sehr zum Schlechten. Er wurde halbtätig und undankbar. v. Tucher erhob deshalb wiederholt mündliche und schriftliche Vorstellungen. Es entstand ein Briefwechsel zwischen ihm und Stanhope, wobei Tucher zuletzt dem Lord die Alternative stellte, entweder den Kaspar ganz zu sich zu nehmen und ihn (Tucher) der Willkür zu erbinden oder sich einige Jahre jedes schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit Hauser zu enthalten.

Hochmütig wies der Lord das Ansuchen ab. Er wendete sich nach einigen weiteren Auseinandersetzungen an Feuerbach mit dem Ersuchen, Hauser zu sich zu nehmen. Dazu erteilte der Magistrat seine Zustimmung, nachdem Tucher gebeten hatte, ihn der Vormundschaft zu entheben und seinen Pflegsling in eine andere Familie zu verlegen.

So brachte Stanhope Anfangs Dezember 1831 Kaspar Hauser nach Ansbach. Dieser kam aber nicht, wie ursprünglich geplant war, zu Feuerbach selbst, sondern wurde dem Volksschullehrer Meyer in Kost, Wohnung und Pflegs gegeben. Als Kurator wurde der Leutnant Hidel bestellt. Die Oberaufsicht behielt Feuerbach. Ein ausgebildeter Soldat mußte Hauser auf seinen Ausgängen begleiten. Meyer und andere Lehrer erteilten ihm Unterricht. Den Religionsunterricht erhielt er vom Pfarrer Fuhrmann. Meyer stand, wie auch Hidel, dem Findling außerordentlich mißtrauisch gegenüber, sie haben auch später, vereint mit Stanhope, im Chor derjenigen, die Hauser als Schwindler erklärten, am lauteften ihre Stimme erhoben, während Pfarrer Fuhrmann ihm die größte Sympathie entgegenbrachte, ebenso Meyers Schwiegermutter, die sich seiner liebevoll annahm und zu der er eine wahrhaft kindliche Zuneigung faßte.

Im Januar 1832 schwollen die Gerüchte über Hausers mutmaßliche Herkunft von neuem an. Gleichzeitig erhob sich ein verstärktes Mißtrauen gegen Stanhope sowohl in Ansbach wie auch in Nürnberg. Die Zeitungen ließen dunkle Andeutungen fallen, sprachen von des Lords geheimnisvollen Reisen und von seinem Verkehr mit unbestimmten Personen, die sehr verdächtig erschienen. Man hörte, daß Stanhope vor einigen Jahren in Sachen ein neues Gelangbuch herausgegeben habe, um Geld zu verdienen, daß er im Sold einer englischen Bibelgesellschaft stehe, die Traktatchen verbreite ufw. Seine Aufrichtigkeit, seine guten Absichten und sein Grobmut wurden stark angezweifelt. Man glaubte, daß er selbst ohne Vermögen und daß seine Kreditbriefe zu besonderen Zwecken bestimmt seien. Die frühere Verehrung für ihn kühlte sich merklich ab.

In jenen Tagen machte Feuerbach insgeheim eine Reise nach München, wo er eine längere vertrauliche Unterredung mit der Königin Karoline (einer Tochter des 1801 verunglückten bairischen Thronfolgers) gehabt haben soll. Als er zurückkehrte, zog sich Stanhope immer mehr von ihm zurück und wählte Meyer und Hidel immer mehr zu seinen alleinigen Vertrauten. Auch gegen Hauser wurde sein Benehmen merklich kühler. Der Lord reiste von Ansbach ab, ohne von Feuerbach Abschied zu nehmen. Er hatte sein baldiges Wiederkommen in Aussicht gestellt, um Hauser zuerst auf eine Reise nach Italien mitzunehmen und dann als seinen Sohn nach England zu führen.

Für Kaspar begann nun eine ruhige Zeit des Studiums. Feuerbach stand ihm stets als treuer Berater zur Seite.

(Fortsetzung folgt.)

Die neu hinzutretenden Abonnenten erhalten die bisher erschienenen Fortsetzungen über die Geschichte Kaspar Hausers unentgeltlich nachgeschickt.

## Die Toller-Sperre

I.  
Aus einem Brief der Kongressdirektion Wolff u. Sachs:  
Nach dem großen Erfolg des Berliner Toller-Vortrages habe ich mit Toller eine Reihe von Vorträgen in Deutschland verabredet. Diese deutschen Vorträge sollten am 4. Februar mit einem Vortrage in Stettin beginnen. Für diesen Zweck habe ich das Stettiner Vereinshaus gemietet. . . Sobald aber das Kuratorium durch die Zeitungsanzeigen erfuhr, daß es sich um einen Toller-Abend handelte, erklärte es kategorisch, den Saal für diesen Zweck unter keinen Umständen zur Verfügung zu stellen.“

Das Schreiben fährt fort:  
„Alle Vorhaltungen, daß es eine rein künstlerische Angelegenheit sei und mit Politik gar mit religiösen Dingen nichts zu tun habe, blieben fruchtlos.“

Der Fall ist bedauerlich. Immerhin: ein Vereinshaus. Toller muß ja nicht insamt in einem religiösen Vereinshaus sprechen. Aber jetzt kommt es besser. Der Brief sagt:  
„Für andere Stettiner Säle, die mein Vertreter anforderte, weigerten sich ebenfalls auf das bestimmteste, ihre Räume für eine Vorlesung Tollers zur Verfügung zu stellen.“

Das ist Sperre mit Rücksicht. . . Und nun vollends das Wunder. Denn der Brief sagt:  
„Das Tolle ist, daß sogar sämtliche Stettiner Zeitungen die Aufnahme von bezahlten Anzeigen, die auf den Vortrag hinwiesen, abgelehnt haben.“

Ein Idealismus ohne Beispiel, — um einen abgeleiteten Götting den Vortrage seines Schwefelbundes zu durchsetzen. Es scheint sich um eine ganz systematische, von irgendeiner deutschholländischen Seite ausgehende Hege zu handeln, — die tatsächlich die Wirkung gehabt hat, daß der Vortrag in Stettin unmöglich gemacht wurde.“

III.  
Soweit Stettin. Nun kommt Halle; an der Saale hellem Strande.  
Geisteskräfte verwandten Meris haben Tollers Vortrag dort zu hindern gesucht, indem, sagt das Schreiben, — indem sie meinen Vertreter durch teils anonyme, teils nichtanonyme Drohbriefe und persönliche Besuche von Universitätsprofessoren, Vorstandsmitgliedern der Vaterländischen Vereine ufw. unter der Drohung, ihn geschäftlich und persönlich zu konfiszieren, zwangen, die Kartenangebote einzustellen.“

Solcher Haß ist nicht mehr politisch — sondern pathologisch. Eine „Wolfsbuchhandlung“ vertrieb endlich die Karten.  
IV.  
Vorgänge dieser Art haben ein Gutes: wenn sie Schritt-macher sind für die gleiche Regsamkeit aller Untertanen — (soweit blöder, blöderer Jant sie nicht abhält).  
Karatist sind wir längst im Bürgerkrieg.

A. Fred. Reer im B. L.

## Wie mache ich mich gesund?

Es gibt ganze Völkerstämme, unter denen das Wort „Medicine“ nur mit heiliger Ehrfurcht in den Mund genommen werden darf. Es gibt sonst ganz gesunde Menschen, die da Stein und Bein schwören, daß mit 3 Krugeln Solz im Beibe, Heulenpeit, Zahnstauerz und Schweißfüße wie weggeblasen sind. Was Wunder, daß da die biogenischen Vereine wie Stalale aus den Unterjuchungskäuffen schienen. Aber auf die Dauer müßte diese Vereinsmeierei der Kranken den Kranken langweilig werden, wenn nicht von Zeit zu Zeit ein neuer Prophet, Apoptel, Wunderdoktor neues Leben in die Dube brächte. Wie z. B. Dr. Coué, der z. B. in der Schweiz riesiges Aufsehen erregte. Wunderdoktor Coué machte. Dr. Coué ist eine Art Gesundheitslehrer, von dem ein Berichterstatter erzählt, daß er alle, heilt bis auf die Geschäftssilangen. Aber nicht ein Gesundheitslehrer vom Schlage der alten Weiser, die nur mit Sandstagen die „Hoffe“ besprechen oder mit dem frommen Bekenntnis die bösen Feinde des Leibes und der Seele zum Teufel jagen. Dr. Coué geht zeitgemäß, also wissenschaftlich an Werk. Und auch hier wieder mit der modernsten Wissenschaft: der Suggestion, der Auto-Suggestion. Die eigene Einbildungskraft des Kranken muß den Krankenheitsreizer, ob er nun Bausz oder Bacterie heißt, aus dem Leibe vertreiben. Wie schon immer eingebildete Kranke wirklich krank waren, werden nun eingebildete Gesunde wirklich gesund sein, sagt Dr. Coué. Und er sagt weiter: die Krankheit sei das feindliche Infektionslosg; und wenn ein Arzt der alten Schule dem Körper Arzneien einflöße, so ist das, wie wenn man die Laus aus dem Hund vertreibt, um den Floh hineinzujagen. Dagegen habe der eigene Körper Gesundheitskräfte genug. Die man mit Hilfe der Einbildungskraft zu Botallionen, Diphthorien, Armen formieren und damit den Feind stetig schlagen könne. Also immer feste drauf setzen: ich bin nicht krank, mir geht's schon viel besser, ich mache mich gesund und ich bin schon gesund. Punkt.

## Aus den Kunstausstellungen

### Galerie Noos

Steffeler ist in die Berge geflohen. Die Höhenwanderungen haben sein Auge für intime Lichtreize empfindlich gemacht. Für das Monumentale hat der Künstler in seinen Bergbildern die richtigen Ausmaße gefunden. Es atmet alles Höhenluft, nirgends mangelt der künstlerische Akzent. Dann hat auch Steffeler die Bibel aufgegriffen. Er hat sich von den großen Vorbildern aus dem Alten Testament acht ausgewählt und auf eine Form gebracht, die im Holzchnitt wiedergegeben werden kann. Auch diese Samite wirken durch ihre kräftige Zeichnung eindrucksvoll überaus. Von Bauerer sind ein Dutzend Einzeleindrücke ausgeführt, die zu Leistungen Karsten Bühnenbilder abgeben könnten. Sie haben keine geistreiche Qualität, die sich gerne mit Detailarbeiten beschäftigen. Sie erschöpfen wohl das Wesen der dargestellten Szenen, sie sind auch leicht und geistreich genug, aber sie sind doch zu unentschieden, als daß sie anhaltend interessieren könnten. Ruge r schneidet gerne in Porzellan. Bei seiner Bacterie gewahrt er der Wichtigkeit einen nicht allzu breiten Raum, sie ist dennoch kräftig, der Gesamton ist jeweils gut getroffen. Klarheit ist vermindert ist der Winterabend von Prof. Max Beller. Die handgezeichneten Arbeiten von Müller vertreten einen guten Bild und sichere Technik.

### Badischer Kunstverein

Sein Eintritt in den großen Saal führt man diesmal gleich, daß es viel zu sehen gibt. Es ist hier von Graf, der diesen Raum beherrscht, manch ledes Stücklein ausgeführt. Daß er ein tüchtiger Kenner ist, ist bekannt. Er weiß das ganze Spektrum auszunutzen. Leider weisen nicht alle seiner Arbeiten so viel malerische Haltung und so überzeugenden Ausdruck auf, wie seine „Stridern“. Bei seinen Interieurs hätte Graf den Ton vielleicht etwas mehr dämpfen dürfen. Die starken Reflexe bei dem Selbstporträt sollen malerische Eindrücke vermitteln, die aber in ihrer geräuschvollen Art vom Wesentlichen des Bildes ablenken. Das Graffische Schaffen legt Zeugnis von einer starken Palette ab, die mit der Zeit noch interessieren wird. Die Bildnisse G e h a r d s sind gute Leistungen, von denen sich die einen wie die anderer freudlich zusammenfinden. In diesen Arbeiten ist alles klar und sehr in Form wie in Farbe. Man merkt, daß Gohard in seiner Kunst als Problem aller Bildnisse malerei beilebendig, den Geist durch den Körper sprechen zu lassen. Gohards manier verzieht fast ganz auf die inneren, künstlerischen Grundgesetze. Bild und Luft auf Grund der Verhältnisse eines Bildnisses beim Bildnis mit zu lassen. Dadurch erweist bei den Arbeiten Gohards alles glatt, alles geläutert. Diese Manier erfordert einen Zeichner und einen Maler, der dem Zeichnen seine Bedeutung erteilt. Von all den Bildnissen, die Gohard ausgeführt hat, wird wohl das Selbstbildnis, ob der großen Gemessenhaftigkeit, mit der es gearbeitet ist, bewundert werden. Den Hof L a n g'schen Arbeiten dienen solches Können und ein starker Stimmungsgehalt als Basis. Trotzdem das Kolort der Lang'schen Bilder fast immer etwas Juridisches hat, kommt doch eine warmklingende Farbenfreudigkeit zum Durchbruch. Lang beigt auch die Kunst, das Dekorative auf der Leinwand immer so leicht mit einfließen zu lassen, daß es gerade seinen Zweck erfüllt. Die flüchtige hingeworfenen Diversionen lassen die unerlässliche Freude des Künstlers an der Farbe erkennen. Auch Dertel teilt diese Freude in hohem Maße, ihm bedeutet Farbe alles. Reissoll ist das Monumentale von Nagel, es hat eine klare Formgebung und eine wirksame Farbenkontrastierung. R d w e l's zweifelhafte, auf einfache geometrische Linie und einfache Farbgebung eingeleitet, die Schwoeffen eponarisch aufgerichtet. R e d e l scheint sich durch seine Zeichnungen als ein tüchtiger Maler aus. Grete Ehrle sieht als Bildnismalerin im Jahre 1898. Sie hat etwas Warmes in ihrer Farbgebung. D. B.

Die Mailänder Opern-Stationen wird ihre große Douthlandtournee am 10. März im Landestheater Karlsruhe beginnen. Schon seit Tagen sind zu diesen Aufführungen die Proben in Mailand eifrig im Gange unter persönlicher Aufsicht des Herrn Robert Salter, der dieses großartig angelegte Unternehmen ins Leben gerufen hat. Die Aufführungen der Stationen bieten dem deutschen Theaterpublikum zum ersten Mal Gelegenheit, ein geschlossenes Ensemble hervorragender italienischer Opernkünstler kennen zu lernen und berühmte italienische Werke im Originaltext zu hören. Man kann den Aufführungen der Stationen mit höchstem Interesse entgegensehen.

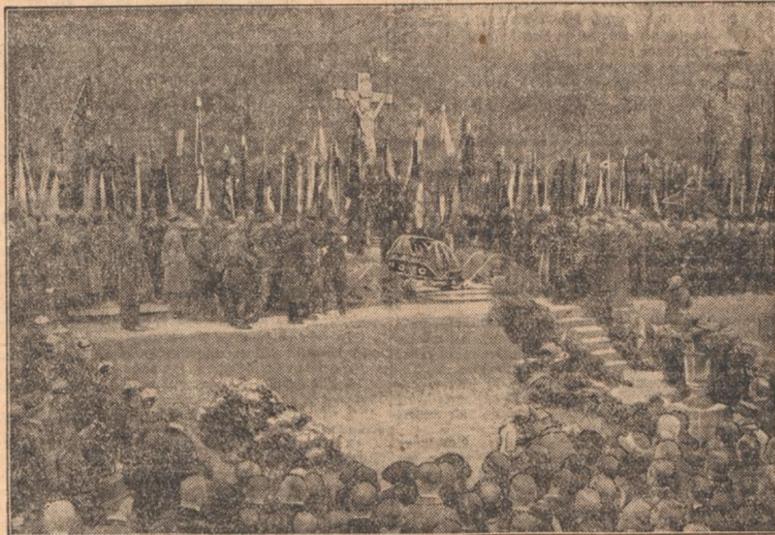
### Sagenstief-Prozess

#### 3. Verhandlungstag

Zunächst werden die Einzelheiten beim Ankauf der Starfischen Mühle besprochen. Der Kaufpreis betrug samt Inventar und Grundstücken von 4,5 Hektar 1,3 Millionen. Zeuge Wettterer gibt an, daß Württemberg am 19. Januar 1920 schriftlich mit dem Kauf beauftragt wurde. Das Schreiben drückte sich kurzfristig nicht mit der nötigen Klarheit aus. Ueber die Verhandlungen sei Abele vollkommen im Bilde gewesen. Das Starfische Anwesen sollte unter allen Umständen erworben werden, um etwas daraus zu machen. — Angeklagter Württemberg sagt, daß sich die Verhandlungen mit Starf sehr schwierig gestaltet hätten. — Der Vorsitzende fragt, wie es komme, daß nur 920 000 M. protokolliert wurden. — Württemberg gibt die Erklärung ab, daß Starf offiziell einen Kaufpreis von nicht mehr als 1 Million eingetragen wissen wollte, wohl im Hinblick auf eine etwaige Auflösung seiner Frau, mit der er in Scheidung lebte. 920 000 M. sollten in bar bezahlt, 600 000 M. in 15 Jahre unfindbar leben bleiben. — Vorsitzender: Wie war es mit den restlichen 328 000 M.? — Württemberg: Diese sollten Starf in Form von Holz eingeliefert werden. Er, der Angeklagte, sei froh gewesen, die Unterschrift Starfs überhaupt zu erhalten. Während nun Württemberg behauptet, die Direktion sei über alles unterrichtet gewesen, erklärt Wettterer, der notarielle Kaufpreis von 920 000 M. habe ihn überrascht und ruhig gemacht. Abele bemerkt, der Ankauf des Starfischen Sägewerks zum Preise von 1,3 Millionen sei verkehrt gewesen. Er habe sich vor eine vollendete Tatsache gestellt gesehen, da der Kauf nicht mehr rückgängig zu machen war. Zeuge Wettterer erklärt, daß er die Verantwortung über diese Sache keineswegs ableugne. Angeklagter Württemberg bemerkt, die Sache Starf habe wegen der technischen Schwierigkeiten Herrn Abele nie gerahmt. Rechtsanwalt Dr. Haas: Der Ankauf war das Lieblingsprojekt Wettterers. Nachdem man sich einig über die Korrespondenz in dieser Angelegenheit unterhalten und Zeuge Wettter erklärt hatte, daß Direktion und Aufsichtsrat sich nachher auf den Standpunkt stellten, der Kaufpreis betrage nur 920 000 M., äußert sich Verwaltungsdirektor Haas dahin, daß die Pläne zur Holzverwertung im Sagenstief im allgemeinen als großzügig, sachgemäß und gut zu bezeichnen seien, und in diesem Rahmen der Ankauf und Ausbau des Starfischen Anwesens eine richtige Lösung darstellte. Der Kaufpreis war aber entschieden zu hoch.

Die Anwälte verweisen u. a. auf eine gewisse Gegenätzlichkeit zwischen Seidlungs- und Ansbahn und Henrich, als dieser die Geschäftsführung leitete. Er habe der Abgabe von Perzentum an die Bank Schwierigkeiten bereitet bis das Ministerium eingriff. — Zeuge Henrich gibt zu, daß er einen direkt ablehnenden Standpunkt einnahm, da er von Anfang an Mißtrauen gegen die illusionistischen Pläne hatte. — Darauf erwiderte Oberförstermeister Spitzmüller sein Gutachten über den Holzfallbetrieb, der wenig oder gar keine Sachkenntnis verriet. Es hat der praktisch erprobte Forstmann gefehlt, nicht minder das geschulte arbeitsfreie Holzhauserpersonal. Die in Frage kommende Ansbahnmasse betrug rund 43 000 Festmeter. Der durch das lästige Schlagen angegriffene Saabau läßt sich nur schwer abschätzen. Der Sachverständige rechnete mit einem Minimum von 6—700 Festmetern auf diese Weise verlorenes Holzmasse. Er äußert sich ferner über die Inordnung im Waldgebiet, die keineswegs auf die Hindernisse zurückgeführt werden könne. Die Schuld liegt daran, daß man das ordnungsgemäße Schneiden unterließ und so die Stämme neben und durcheinander zu liegen kamen. Der Rückschlussschlag war übertrieben und lagern über die Beschaffenheit des Holzes daher nicht verurteilbar. Auch das Brennholz entsprach nicht den Anforderungen. Es handelt sich um 6104 Stk. für die in Frage stehende Fläche von 226 000 M. nur 173 000 M. erzielt wurden. Dies wäre verfehlt worden, wenn man das Holz schäppegelnd an die Wege gebracht hätte. Außerdem wurden im Sagenstief ungewöhnlich hohe Föhre- und Arbeitslöcher bezahlt. Den Arbeitslöcher muß, wie der Zutritt gelte, ein Paradies vorgezeichnet haben. — Was an Föhre- und Arbeitslöcher bezahlt wurde, fand keine Auswirkung in den gesteigerten Holzpreisen. Der Sachverständige berechnet für die Stoffpreisen auf der oben genannten Fläche von 56 Hektar eine Sprengstoffmenge von 10 600 Kilo, für die ganze Fläche 44 000 Kilo. Das sind per Hektar 350 Kilo. Die Sieblungs- und Landbau hat aber 600 Kilo in Ansbahn gebracht und demzufolge ein Mehr an Sprengstoff von 110 000 Kilo beschafft. Die rund 250 000 Kilo hätten genügt, um die ganze Fläche mit 550 Hektar auszuröben.

Angekl. Abele erklärt auf Befragen, daß er von Anfang an darauf gedrängt habe, daß für den Holzfallbetrieb ein mittlerer Forstmann zur Verfügung gestellt wird. Aus dem Staatsdienst habe er niemanden erhalten können und sich deshalb nach anderen Parteien umgesehen. Damit sind die allgemeinen Erörterungen erledigt. — Nach einer kurzen Pause wird in die Besprechung der einzelnen Anlagepunkte eingetreten. — Angekl. Haas hat für insgesamt 82 600 M. Waren an die Sieblungs-Gesellschaft geliefert. Woher er sie selbst bezog, weiß er nicht mehr. — Der Vorsitzende hält ihm vor, daß dies reine Handelsgeschäfte waren, worfür er keine Erlaubnis hatte. — Haas erklärt, daß seine seit 1910 handelsrechtlich eingetragene Firma eine Erlaubnis nicht für nötig hielt. — Der Vorsitzende verweist auf die während des Krieges ergangenen Bestimmungen. — Angekl. Abele räumt ein, daß er Haas mit den Herren der Landwirtschaftskammer bekannt gemacht und von dessen Geschäft mit der Kammer gewußt habe. Es kommen darauf bezügliche Privatbriefe zwischen Abele und Haas zur Verlesung. Wettterer hat von seinem Freunde die Mitteilung der Konturrenzpreise verlangt. — Auf die Frage, warum er sich nicht an die Kammer direkt gewandt, kann Haas keine Auskunft geben. — Abele: Ich hätte Haas auf die Ringpreise mit, um ihm Mut zu machen. Durch mich hat er 1918 eine Dreifachlieferung für die P. A. bekommen. In der Annahme, Karlsruhe könnte helfen, habe ich Haas gebeten mir in Koblenz bei der Diskonto-Gesellschaft ein Konto einzurichten zu lassen und die vereinbarte Provision für das Dreifach-



### Die Befehlsfeierlichkeiten in Heidelberg

Der badische Staatspräsident Dr. Hellpach hält die Gedächtnisrede

geschäft dorthin zu überweisen. — Der Vorsitzende stellt fest, daß Abele und Haas im Jahre 1921 von dem Vorstand des badischen Sagenstief nicht wissen wollten. — Beide Angeklagte erklären dazu, daß sie sich erst nach Kenntnis der Akten wieder daran zu erinnern vermochten. — Um 1/2 8 Uhr wird die Weiterverhandlung auf Montag 1/2 9 Uhr festgesetzt.

### Kleine badische Chronik

\* Schwögen. Donnerstag nacht geriet auf der Straße zwischen Schwögen und Waldert infolge Motordefekts ein vierachsiger Personenkraftwagen aus Mannheim in Brand. Der Wagen wurde so schwer beschädigt, daß er unbrauchbar geworden ist. Die Insassen konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. — \* Helmshelm bei Bruchsal. Durch Feuer ist das Oekonomiegut des Landwirts Gustav Gluck zerstört worden. Der Viehbestand konnte gerettet werden und ebenso gelang es, das Wohngebäude vor dem Übergreifen der Flammen zu bewahren. — \* Müllheim. Um die weiteren Störungen des an Fauna und Flora so reichen Kleinen Aroses zu verhindern, soll der badische Landesverein für Naturkunde für 10 Jahre den nördlichen Teil des Geländes gemietet haben. Es haben sich auch freiwillige Pächter gefunden, die daraus achten sollen, die Tier- und Pflanzenwelt vor den Sammlern zu schützen.

### Markt und Handel

\* Holzversteigerungen in Baden. Bei der Versteigerung von Brenn- und Nutzholz der Gemeinde Rucholz wurde für 1 Kubikmeter Eichenstammholz 90 M. für ein Stk Scheitholz 27 M. und für 100 Wellen 50 M. bezahlt. Bei den Holzversteigerungen in Sulstfeld überbot sich eine größere Anzahl Käufer im Angebot, jedoch für das halbe Klafter erstklassiges Holz bis zu 75 M. erzielt wurden. Die Gemeinde Kirchensulstfeld bei Engen versteigerte 107 Stämme Langholz 3.—6. Klasse und 1120 Bau- und Hosenlängen 1.—4. Klasse. Der Anschlag von 130 Proz. wurde nicht ganz erreicht. Der Durchschnittsertrag war 120 Proz. — \* Wogauanfabrik U. G. Mastatt. Von der Veröffentlichung der Papiermarkbilanz wird Abstand genommen. Die Direktion teilt mit, daß es gelungen sei, größere Einbußen zu vermeiden, obgleich durch das Ausbleiben von Reichsbahnausträgern vorübergehend die Betriebe gestillt und damit eingeschränkt gearbeitet werden mußte. Die Umsatzen sind von 16 Millionen Stammaktien auf 1,5 Millionen Rentenmark voranschlagen. Die 1 Million Vorzugsaktien werden entsprechend dem Einzahlungswert auf 65 000 RM. zusammengelegt, sodas sich ein Gesamtvermögen von 1 665 000 RM. (1923: 1,2 Millionen) ergibt. — \* Mannheim Viehmarkt vom 5. März. Die Zufuhr betrug heute: 61 Kälber, 31 Schafe, 32 Schweine, 568 Ferkel und 2 Kühe, 3 Egen. Bezahlt wurde: Kälber nichts, Schafe 1. Kl. 72—75, 2. Kl. 68—70, 3. Kl. 62—66, 4. Kl. 55—62, Schweine 1. Kl. 64—66, 2. Kl. 64—66, 3. Kl. 65—67, 4. Kl. 61—65, 5. Kl. 62—64, 6. Kl. 54—55. Ferkel 16—21, Kälber bis zu 4 Wochen 22—34, 2. 30—38. Marktverlauf: Ferkel und Kühe mittel, Kälber mittelmäßig ausverkauft, Schweine mittelmäßig ausverkauft. — \* Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Häute und Felle. Wie gemeldet wird, ist die deutsche Regierung mit den Regierungen der Tschechoslowakei, von Oesterreich, von Ungarn und von Italien in Verbindung getreten, um eine baldige wechselseitige Aufhebung der Ausfuhrverbote für Häute und Felle herbeizuführen.

### Karlsruher Chronik

\* Karlsruhe, 9. März

#### Geschichtskalender

9. März. 1793 Napoleon gründet das Revolutionstribunal. — 1918 Der Dramatiker Frank Wedekind in München. — 1919 Standrecht in Berlin.

### Badisch-pfälzische Verkehrsstagnation in Karlsruhe

Am 28. Februar hatte sich im Handelsklub eine stattliche Zahl von Interessenten aus der Südpfalz und aus Mittelbaden zur Besprechung brennender Verkehrsfragen zusammengefunden. Den Vorsitz der Tagung führte Stadtrat Steinel, der in freundlichen Worten der Begrüßung die Bedeutung der Aussprache darlegte.

Das einleitende Referat erstattete Regierungsrat Dr. Weis, Privatdozent an der Technischen Hochschule, in dem er auf den natürlichen und den geschichtlich gewordenen kulturellen Zusammenhang der beiden Stromseiten hinwies. Er skizzierte die mannigfachen Wechselbeziehungen über den Strom, namentlich die wirtschaftlicher Art. Diese enger zu gestalten, läge im beiderseitigen Interesse und der Stadt Karlsruhe stiele dabei eine wichtige Vermittlerrolle zu.

In einem eingehenden Vortrage schilderte dann Oberstadtratsrat Pfeiff die Geschichte der Schiffbrücke von Maxau und deren Entwicklung von einem „modernen“ Verkehrsmittel um die Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem Verkehrsmittel in der Gegenwart. An Hand interessanter graphischer Darstellungen konnte der Redner die gewaltige Steigerung des Verkehrs in neuester Zeit über die Schiffbrücke darstellen, trotzdem künstlich der Verkehr zu einem guten Teil auf andere Brücken abgeleitet worden ist. Wie aus den Ausführungen hervorging, hätte gerade die Reichsbahn-A.G. das allergrößte Interesse an der Erbauung der festen Brücke. Ueber den Stand dieser Frage gaben sowohl Oberstadtratsrat Pfeiff wie Verkehrsdirektor Lacher Aufschluß.

Verkehrsdirektor Lacher gab in seinem Vortrage eine ausführliche Darstellung der derzeitigen Verkehrsverhältnisse zwischen Südpfalz und Mittelbaden. Eine Vereinfachung des heutigen Fahrplanes mit den Fährschiffen würde dazu beitragen, daß der frühere Stand wieder in der Zahl der Fährer, noch in der Zahl der Fährer, noch in den Anschlüssen wieder erreicht ist. Er machte eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der unzulässigen Zustände und gab Aufschlüsse über den Stand der neuen Verkehrsprojekte.

An dieses Referat schloß sich naturgemäß eine lebhafte Aussprache an, die eine erfreuliche Übereinstimmung in den Zielen der Teilnehmer ergab. Sowohl vom Standpunkt des Internationalen, wie des Nahverkehrs muß die Erbauung der festen Rheinbrücke gefordert werden. Man darf die südpfälzischen Gemeinden nicht länger beeinträchtigen und es ist einer Großstadt wie Karlsruhe unwürdig, daß sie — als einzige unter den Rheinthalenstädten — mit dem andern Ufer des Stromes durch eine Schiffbrücke verbunden ist, die weder einen Schnellungsverkehr, noch einen irgendwie leistungsfähigen Güterungsverkehr zuläßt.

Der Vorsitzende der Tagung zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft fand allseitige Zustimmung, und mit der Hoffnung auf baldige Erfolge konnte Herr Stadtrat Steinel die Tagung schließen. Der Öffentlichkeit wird durch die Drucklegung der Vorträge Gelegenheit gegeben werden, im Einzelnen die Fragen auf ihre große Bedeutung zu prüfen.

Neu!

HALPAUS  
Avide

6-8

in eleganter Blechpackung

40 Jahre Qualitätsarbeit

hat uns den Ruf höchster Leistungsfähigkeit erworben. Namentlich diese Cigarette wird in Ihnen das Vertrauen zu unseren Marken neu befestigen!

KON LINON

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

### Zur Eisenbahnerbewegung

Be. Eine auf Samstag abend einberufene allgemeine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Karlsruhe des D.E.B. befaßte sich mit der durch das herausfordernde Verhalten der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft geschaffenen Lage und beschloß nach einem ausführlichen Referat des Ortsgruppenleiters und sehr eingehender Diskussion einstimmig nachstehende Entschliessung:

„Die am 7. März vom D.E.B. Ortsgruppe Karlsruhe, einberufene gut besuchte Versammlung stellt sich gegenüber den von der Zentralleitung aufgestellten Forderungen auf Befürzung der Arbeitszeit und allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter.“

Die von der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft bei den wiederholt versuchten Verhandlungen geübte Verschleppungsstrategie, welche die völlige Ablehnung der gerechten Forderungen des Personals zum Ziele hat, muß die fortschreitenden Abwehrmaßnahmen höchste gesteigerte Beunruhigung in Bahnen lenken, die zu einem offenen Kampfe führen.

Die Versammlung weiß die in Sachsen und anderorts ausgebrochenen Ausstandsbewegungen in vollem Maße zu würdigen und bringt den hieran beteiligten Kollegen ihre volle Sympathie und weitgehendste Unterstützung entgegen.

Die Versammlung kommt zu dem Schluß, daß die Eisenbahner aller Richtungen am Platze sofort in Alarmbereitschaft treten müssen, um dem Rufe der Führer jederseits und unverzüglich die Tat folgen zu lassen.

Die Versammlung gelobt außerdem, alles einzusetzen zur zähen Herstellung der sich bereits auf dem Marsche befindlichen Einheitsorganisation der Arbeiter und Beamten des gesamten Reichsbahnbetriebes.“

### Agg-Ausstellung

Unter dem Motto „Der unsterbliche Schuh“ hat der Agg-Bund anlässlich seiner 1. Gebietsagung in der Stadt Karlsruhe anlässlich einer Ausstellung veranstaltet, die von mehreren Gesichtspunkten aus von großer Interesse ist. Sie gibt vor allem dem Besucher ein Bild von der geradezu rapiden Entwicklung des Agg-Systems im Schuhmachergewerbe. Immer mehr und mehr bürgert sich, geknüpft auf die bisherigen nünftigen Ergebnisse in der Praxis, die Ueberzeugung ein, daß durch die Anwendung des Agg-Verfahrens — also ohne Nagel und Zwickel — der Schuh eine viel längere Lebensdauer hat.

Die Ausstellung, die noch heute Montag währt, wurde am Samstag vormittag eröffnet. Nach einem einleitenden Musikvortrag einer Abteilung des Musikvereins hielt Herr Grütner, der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des Agg-Bundes die Begrüßungs- und Eröffnungsansprache. Er schilderte dabei, wie durch die Kriegs- und Nachkriegszeit das Schuhmachergewerbe gelitten. Nach wie vor sei die Devise, nur Qualitätsarbeit zu leisten. Die Ausstellung sollte dem Publikum beweisen, was das Handwerk zu leisten imstande sei. Die Veranlasser seien von der Hoffnung erfüllt, daß die Ausstellung von bestem Erfolg sein möge. Herr Leonhardi, der Meister des Agg-Verfahrens, stellte die schlechte wirtschaftliche Lage des Schuhmachergewerbes, nicht der Kellame wegen sei die Ausstellung veranstaltet worden, sondern sei sie als bitter empfundener Rettungsversuch für das Schuhmachergewerbe zu betrachten. Das Publikum solle sich von der großen Leistungsfähigkeit des Agg-Systems überzeugen, das eine unbegrenzte Lebensdauer für das Schuhwerk garantiere.

Die Anwesenden wurden sehr beifällig aufgenommen. Ihnen schlossen sich weitere Ansprachen an von Herrn Obermeister Bachre, sowie von Vertretern der Ortsgruppen Hamburg, Köln, Regensburg, Berlin und Würzburg an. Dem Eröffnungsakt folgte ein Rundgang durch die sehr interessante Ausstellung. Man findet hier vollständig fertige Schuhe, die mit dem Agg-Verfahren hergestellt wurden, sowohl von feinsten luxuriösen Damenstiefeln bis zum weichen Arbeitsschuh, sowie dem Leinwandschuh. Jeder Besucher kann sich von dem Vorgang der Schuhherstellung mit dem Agg-Verfahren überzeugen. In zahlreichen Beispielen wird gezeigt, wie ganz hoffnungslose Krümmungen wieder zu brauchbaren Schuhen mit dem Agg-Verfahren hergestellt wurden. Verschiedene Firmen stellen Hilfsmittelzeuge für das obengenannte System aus, während andere Firmen Leder oder diverse Schuhmacherverzweigungen ausstellen. An einem Platze wird aber auch gezeigt, wie der Schuh bei Selbstreparatur ruiniert wird. Als Warnung soll deshalb das Schildchen mit der Aufschrift „Schuhere nie selbst, erhalte das Schuhwerk durch sachmännliche Behandlung“ gelten.

Die Ausstellung bietet recht viel des Interessanten und zwar nicht nur für den Fachmann, sondern auch für den Laien. Sogar für letzteren erst recht, denn es geht ja doch schließlich um seine eigenen Schuhe. Möge die Ausstellung die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen.

### Sozialhygienische Ausstellung in der städtischen Ausstellungshalle

Bis einschließlich 2. März d. J. finden jeweils nachmittags von 4-5 Uhr Führungen in der sozialhygienischen Ausstellung unter ärztlicher Leitung statt, die auch der breiten Masse der Bevölkerung eine sachmännliche Erläuterung gewährleisten. Es ist zu erwarten, daß von dieser äußerst wichtigen und befruchtbarsten Einrichtung zahlreicher Gebrauch gemacht wird.

### Vortläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Dienstag, 10. März: Teilweise heiter, streifenweise Schneesfälle, vielfach Nachfröste.

### Wie gliedert die Volksschule zweckmäßig den Fremdsprachunterricht ein?

Von L. Wieser, Hauptlehrer

Summe neue Probleme treten von außen her an das städtische Volksschulwesen heran, die zur Bewirklichung drängen und die die Volksschule lösen muß, will sie die Lösung nicht anderen Schularten überlassen und damit sich selbst aufgeben.

Eines dieser Probleme ist die Eingliederung des fremdsprachlichen Unterrichts in den Rahmen der Volksschule. Bald 2 Jahre sind an der hiesigen Volksschule Unterrichtskurse in der französischen Sprache eingeführt. Die Anregung hierzu erfolgte von 3 Parteien der Schulkommission — darunter auch der Sozialdemokratischen —

Begründung zur Bedürfnisfrage:

1. Starke Zudrang zur Mittelschule, da nach Aufhebung der Bürgerrechte ein Mittelglied zwischen Volksschule und Mittelschule fehlt, die Volksschule aber die Aufgabe der früheren Bürgerrechte nicht übernehmen könne.

2. Es muß also wieder eine Entlastung der Volksschule herbeigeführt werden.

3. Viele Eltern wären zufrieden, wenn in der Volksschule wenigstens eine Fremdsprache eingeführt werden würde.

Es erfolgte nun die Einführung zweifacher Unterrichtskurse mit wöchentlich 4 Unterrichtsstunden in der französischen Sprache. Nachteile dieser Kurse:

1. Die Schüler kommen aus verschiedenen Schulhäusern und Klassenverbänden.

2. Es fehlt das erzieherische Moment des festen Klassenverbandes.

3. Der französische Unterricht ist so ein loses Anhängsel, statt ein fester Bestandteil des Lehrplanes, wie er es aus dem Interesse der Volksschule heraus sein müßte.

4. Von den 4 Unterrichtsstunden liegen zwei außerhalb der Stundenzahl des Schülers und zwei innerhalb derselben. An zwei Stunden (Deutsch!) müssen die Sprachlehrer ihre Stammklassen verlassen und den Fremdsprachunterricht besuchen. Die Stammklasse läuft dann leer aus.

5. Die genannten Nachteile dieser Sprachkurse, dazu die Förderung der Handelschule, liegen folgenden Plan vor:

1. 5. Schuljahr mit Fremdsprache;

2. 5. Schuljahr ohne Fremdsprache.

Forderung für die Fremdsprachklasse:

1. Die Sprachlehrer bleiben im Schulhaus des Schülers der Klasse; also keine Absonderung in ein besonderes Schulhaus.

2. Klein Schulklass.

3. Freie Lernmittel in der üblichen Weise.

Die Fremdsprachklasse erhält ein 9. und 10. Schuljahr zur Erlangung der mittleren Reife.

Vorteile dieser Einrichtung:

1. Lernbegierige Volksschüler können ohne besondere Kosten eine Fremdsprache erlernen.

2. Die Schüler sind in einem Klassenverband vereinigt und genießen die Vorteile eines solchen.

3. Sie stellt einen für die Großstädte nötigen Ausbau der Volksschule dar und ist geeignet, die Volksschule auch wertvoll zu entlasten durch Entlastung der Schüler, die

a) nur eine Fremdsprache erlernen wollen,

b) nur die mittlere Reife erlangen wollen.

Was sagen die Gegner dieser Einrichtung?

1. Es entsteht daraus eine Sonderklasse; viele Eltern wollen diese Einrichtung, weil ihnen die Volksschule zu gering ist.

2. Die fremdsprachlichen Klassen haben dann nur noch geringwertiges Schulumaterial.

Demgegenüber sei gesagt:

1. Es ist zu bedenken, daß es Eltern gibt, die nur deshalb ihre Kinder in eine sogenannte „bessere“ Schule schicken, weil ihnen die Volksschule zu gering ist. Den Schanden haben aber doch meistens die bedauernswerten, verlassenen Kinder, die noch bedauernswerteren Eltern selbst. Sollen diese Kurzsichtigkeit über die strebsamen Kinder vernünftiger Eltern büssen, die aus berechtigten Gründen die neue Einrichtung wünschen? Kann das ein Grund zur Ablehnung sein? Warum verlangt man aus demselben Grunde nicht auch die Aufhebung der Volksschule, in der derartige Schüler doch noch weniger tanzen?

2. Das Einsetzen des geistigen Moments der fremdsprachlichen Klasse kann die Abschwächung nicht begründen, da leistungsfähige Schüler nicht um ein Bildungselement gebracht werden dürfen, nur um den Stand der Klasse hochzuhalten. Geben wir solchen Klassen weniger Schüler.

Haben wir doch für Schwächerer, für Stotterer, für Schwachbegabte besondere Einrichtungen, warum soll der leistungsfähige Schüler keine Förderung erfahren?

Der Vorschlag der erwähnten Einrichtung geht von der ehrlichen Absicht aus, die Volksschule um ein Bildungselement zu erweitern, um allen jenen — insbesondere auch den proletarischen Kindern — die Neigung und Befähigung zur Erlernung einer Fremdsprache haben, diese Möglichkeit zu bieten, im Interesse ihrer selbst, sowie im Interesse der Allgemeinheit.

Wir glauben, mit vorstehenden Ausführungen auch einem Anhänger des Karlsruher städtischen Zentrumsplanens der Volksschule das Wort in unserer Sache geben zu sollen, wobei wir aber ausdrücklich feststellen, daß Gen. Hauptlehrer Wieser der einzige sozialistische Lehrer in Karlsruhe ist, der den Plan des Stadtschulrats Dr. Weidinger unterstützt. Sämtliche übrigen Lehrer, die unserer Partei angehören, sowohl der Volksschule wie der Mittelschule, lehnen wie auch das Gros der übrigen Karlsruher Lehrerschaft, den Plan ab; wie es ja auch die sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion tut. Es erwidert sich, nachdem wir wiederholt schon aus sachkundiger und sachverständiger Feder gegen den schändlichen Plan des Stadtschulrats Stellung genommen haben, auf obige Darlegungen des Gen. Wieser zu entgegenen, sie denken sich ja fast wörtlich mit der „Begründung“, die Herr Weidinger seinen Ansichten entgegenbringt. Die Volksschulkommission hat übrigens den Zentrumsplan des Stadtschulrats, den Weidinger unterstützt, das Bürgeramt ist natürlich

immer einig und geschlossen, wenn es gegen das Proletariat geht. Die Schule des Volkes war von jeher schon gut genug, als Experimentierobjekt für pädagogische Kurpfuscherei herabzulassen. Auch die Karlsruher Kurpfuscherei wird den Erfolg haben, daß, um 10 Proz. wie der Major der Sache behauptet, zur „mittleren Reife“ zu bringen — was natürlich ein inhaltsloses Schlagwort ist, erfunden, um Dumme und Leichtgläubige zu täuschen — 60 Prozent der Schüler und Schülerinnen geistig notleidend müssen. Angesichts dieses „Befähigungsnachweises“ für sein Amt, hat die Karlsruher Arbeiterkassette und ihre Vertretung, die sozialdemokratische Partei, allen Anlaß, die weitere „Arbeit“ des Stadtschulrats Dr. Weidinger mit schärfstem Mißtrauen zu verfolgen.

Residenz-Nachspiele ab heute: „Liebesurlaub einer Königin“. Eine Filmerzählung, deren satirische Nebengedanken sich weit in den Balkan hinein erstrecken und an der westlichen Hausfigur und Mittelstufenerziehung unschwer zu erkennen sind. Im Dekorationen und Geschnitzten sind alle nur erdenklichen Aufwendungen gemacht. Eine Spitzenleistung menschlicher Charakterisierungsfähigkeit bietet Allen Pringle als Königin Maria. — Im Beiprogramm: Zwei Faith-Grotesken.

Karlsruher Polizeibericht vom 9. März

Totfischgelehrer. In hart angetanem Zustand gab in der Nacht vom Samstag auf Sonntag nach kurzer Auseinandersetzung ein verheirateter Karlsruher Kaufmann von hier in der Heiligengeiststraße auf einen verheirateten Kaufmann von hier 3 scharfe Revolverkugeln ab, ohne zu treffen. Der Täter wurde vom Publikum verprügelt und entkommen.

Unfall. Am 7. März wurde ein 40 Jahre alter Hilfsarbeiter bei der Ausführung von Grabarbeiten an dem früheren Bahndamm in den Weiberädern von Erdmassen verdrückt, wobei er einen Interkostalbruch erlitt. Er wurde mit dem Krankenauto ins städt. Krankenhaus verbracht.

Wesfischererei. In der Nacht zum 8. März gingen ein Karlsruher Fischer und ein Hilfsarbeiter von Saarburg in der Karl-Friedrich-Straße hier mit Passanten Streitigkeiten an und verletzten mehrere Personen durch Messerstiche und Hammerstöße, darunter einen Diplom-Ingenieur von hier so schwer, daß er ins Krankenhaus verbracht werden mußte. Die Messerfelder wurden festgenommen. — In der gleichen Nacht wurde in der Kronenstraße hier ein Elektriker durch Schlägen mißhandelt, jedoch ebenfalls wegen eines Augenverbrauchs ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Einer der Täter, ein Kaufmann von hier, wurde ins Amtsgefängnis eingeliefert.

Portenachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Bezirk Mühlbach. Die am Mittwoch, 11. März, anberaumte Bezirkssammlung muß umständehalber verschoben werden.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Alle Kameraden, die sich für eine Kommission gemeldet resp. in einer solchen zugeweiht sind, müssen zeitlos Dienstag abend 8 Uhr im „Friedrichshof“ sich einfinden (Gartenhof). Bezirksführer und Vorstandsmitglieder müssen ebenfalls erscheinen.

Angstameraden, die nicht am Freitag teilnehmen, sowie republikanisch gesinnte Frauen und Frauen treffen sich am Donnerstag abend 8 Uhr im Klubzimmer Restaurant „Friedrichshof“.

Bezirk Südbad. Heute abend 8 Uhr in der „Eiche“ Bezirksversammlung. Tagesordnung: 15. März. Erscheinen unbedingt nötig.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landes-theater: „Die sächsischen Verwandten“ 7-9 Uhr. Palast-Theater: Trauerfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten.

Union-Theater: „Zehn Gebote“.

Residenz-Nachspiele: „Liebesurlaub einer Königin“.

Colosseum: Schmitz-Weißwurz Gastspiel: „Ach häit' ich doch 'ne Frau“ 8 Uhr.

Anstaltshalle: Sozialhygienische Ausstellung und Agg-Ausstellung.

Briefkasten der Reaktion

7. R. 1. Vom eben. deutschen Kaiser war kein Krans da. 2. Konfessionslos. 3. Pfarrer Dr. Raas ist von der ernam. Kirche.

Was zu 4. Teilen Vereinsanzeiger. Bei 5. n. mehr. 30 Pfg. die Seite. 40 Pfennig die Zeile. (Werbungskosten sind unter Rubrik in der Regel keine Aufnahme.)

Mittheil. (Arb.-Gez.-Verein „Eintracht“) Mittwoch, den 11. März, erste Singstunde.

Mittheil. (Arb.-Gez.-Verein „Eintracht“) Morgen Dienstag, abend 8 Uhr. Zusammenkunft der Sänger zwecks Erhebung eines Mitgliedes. — Donnerstag 8 Uhr Singstunde. — Freitag, 13. März, Beteiligung an der Trauerfeier in der Sonne.

Sonntag, 21. März, abend 8 Uhr im Lokal Herrenabend. Einreichungsliste zur Beteiligung liegt im Lokal auf. Nachstellen bis 1. 4. Jahrtage Beteiligung wird ermort. Der Vorstand.

Wagner-Tabletten

in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich für Sänger, Redner, Raucher

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Stehbüchle. Luise Schloer, alt 70 Jahre, Witwe von Joh. Schloer, Eisenbahnarbeiter. Köln, alt 4 Monate 5 Tage. Vater Adolf Schloer, Metallarbeiter.

Wasserstand des Rheins

Schiffermeil 43; Rehl 158, act. 2; Mainz 336, act. 9; Mannheim 250, act. 27. — entimeter.

Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver

Liefert blendend weiße Wäsche mit dem frischen Duft der Rasenbleiche

Dr. THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER

Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

Kehl

Aus dem Gemeinderat

Waldverjüngung. Die Gemeinde ist grundsätzlich bereit, sich an einer Wald- und Waldzentralgenossenschaft zu beteiligen. Die Frage, inwieweit dies geschehen soll und welche Gemeindegelder dafür bereit zu stellen sind, soll entschieden werden, sobald die an der Gründung dieser Genossenschaft interessierten Gemeinden beim Volkseigenen Land mit positiven Vorschlägen an die Stadt herantreten. — Schaffung neuer Schulräume. In der Oberreal-, Gemeindegewerbe- und Handelsschule herrscht Mangel, der, sofern es die finanzielle Lage der Stadt erlaubt, nach Möglichkeit gelindert werden soll. Das Stadtbauamt erhält den Auftrag, die Frage der Schaffung weiterer Schulräume abschließend zu prüfen und dem Gemeinderat Vorschläge zu unterbreiten. — Geländeerwerb. Für den Anbau eines Adlers im Gemeindegelände werden die hierzu notwendigen Mittel bereitgestellt. Im Gemeindegelände werden zwei Bauplätze im Ausmaß von 2000 Quadratmeter erworben. — Wegweg durch die Hauptstraße in ehemals Dorf Kehl. Das im Jahre 1914 beschlossene Projekt der Errichtung eines Wegwegs soll wieder aufgegriffen und wenn möglich, durchgeführt werden. Wegen Erwerb von etwa 600 Quadratmeter Gelände, das hierzu benötigt wird, soll mit den Angrenzern in Unterhandlung getreten werden. Der Wegweg soll eine Breite von 2 Meter erhalten. — Gebäudesteuer. Es werden 30 nachträglich eingegangene Nachlassgesuche teils genehmigt, teils als nicht begründet abgelehnt. — Grobherzog-Friedrich-Straße. Auf Grund einer Besichtigung wird das Gesuch der Angrenzern der genannten Straße auf Verringerung der Vorderbreite und um Gefälle durch Kugelbäume abgelehnt. Soweit noch möglich, sollen die Bäume zurückgeführt werden.

Der französische Botschafter in Kehl liegt zur Zeit so viele Gesuche um Erlaubnis zum Besuch Straburgs vor, daß die Botschafter die Botschafter nicht bewältigen kann. In einer Besprechung fordert die Botschafter die Beschränkung auf, bis weiteres keine Gesuche mehr einzureichen, bis die alten aufgearbeitet sind. — Der Besuche der Angrenzern der genannten Straße auf Verringerung der Vorderbreite und um Gefälle durch Kugelbäume abgelehnt. Soweit noch möglich, sollen die Bäume zurückgeführt werden.

Rein verflechtet hat, das ganze mittelhochdeutsche Land gehörte zum westfälischen Hinterland Straburgs. Heute aber fehlt diese kaufkräftige Kaufkraft und Straburg kann einen Ersatz für dieses abgetrennte Hinterland nicht finden, weil nicht nur die Botschafter als einseitigen undurchbrochener Kiesel dazwischen stehen, sondern vor allem, weil die Bevölkerung dünner, weniger konjunktürrichtig und auf Ranco und Paris orientiert ist.

Letzte Nachrichten

Das Unbehagen der Demokraten

Berlin, 9. März. (Eigener Funddienst.) Der sozialdemokratische Vorschlag mit einem eigenen Kandidaten in den Wahlkampf um den Reichspräsidentenposten einzutreten, wird von der demokratischen Presse Berlins sehr unbehaglich aufgenommen und abfällig kritisiert. Dattens dies schon die Sonntagsausgaben des „Berliner Tagblatt“ und der „Völkischen Zeitung“ getan, so noch schärfer die demokratischen Montagblätter. Helmuth von Gerlach schreibt in der „Welt am Montag“, daß er nach der Haltung der Sozialdemokratie für nicht mehr ausgeschlossen halte, daß zu dem reaktionären Reichspräsidenten ein reaktionärer Reichspräsident hinzutreten würde. „Aus der ganzen Geschichte der Sozialdemokratie ist mir kaum ein so großer taktischer Fehler erinnerlich. Sofort nach Gerlachs Tode mußte die Sozialdemokratie dem Zentrum ihr Eintreten für März schon im ersten Wahlgang anbieten. Die demokratische Partei hätte, wie ich sicher weiß, diesen Schritt mit Freuden mitgemacht. Dann war die republikanische Einheitsfront vom ersten Augenblick an gelichtet.“ v. Gerlach lobt allerdings unseren Präsidentschaftskandidaten als einen sehr energiegelassen und ungenügsam klugen Menschen, meint aber, daß ein Sozialdemokrat aus eigener Kraft nicht liegen könne, und nicht gerade der geeignete Sammelkandidat sei.

Der „Montag Morgen“ ist ganz zornig auf unsere Partei und hat die Dreifachheit, von einem „Dreifachheit der Sozialdemokratie“ zu schreiben.

Diese demokratischen Mäcker sollten ihre Vorwürfe doch auch den anderen Parteien des von ihnen erstrebten republikanischen Blocks richten. Es widerspricht der Würde und dem Ansehen unserer großen Partei, dem Zentrum und den Demo-

kraten geradezu nachzulassen. Wenn man auf der anderen Seite, den Beschluß unserer obersten Parteimitting hätte vermeiden wollen, so müßte man mit dem Vorschlag einer geeigneten Kandidatur an die Sozialdemokratie herantreten. Es hätte dies allerdings eine Persönlichkeit sein müssen, deren soziale und republikanische Persönlichkeit auch den sozialistischen Arbeitermassen ohne weiteres hätte einleuchtend sein müssen.

Die Stimmen der demokratischen Presse gegen jedenfalls unserer Partei im ganzen Lande, daß die Gefahr einer Wahl des Reichskandidaten groß ist. Die demokratischen Zeitungen verschweigen nur, daß diese Gefahr auch bei einem republikanischen Block groß gewesen wäre. Der stärkste Grund für die sozialdemokratische Sonderkandidatur ist der Gedanke, keine sozialdemokratische Wählerstimme dadurch zu verlieren, daß die Wähler eine Sammelkandidatur nicht verstehen. Wie stark gilt es nun einzusehen, daß der sozialdemokratische Kandidat auch die äußerlichste Spielerei der Kommunisten mit ihrem Kandidaten zunichte macht.

Der Konflikt bei der Eisenbahn

Berlin, 9. März. (Eigener Funddienst.) Im Laufe des Sonntags hat der Eisenbahnerstreik keine Abmilderung erfahren, sondern eher noch zugenommen. Es waren in Berlin folgende Bahnhöfe im Streik: Stettiner und Anhalter Güterbahnhof, Banco, Schleißer Bahnhof, Westend, Hamburger Perler Güterbahnhof, Potsdamer Bahnhof und Umladebahnhof Neudöhrn. Der Streik beschränkt sich auf die Güterbodenarbeiter und hat auf die Betriebswerkstätten bisher noch nicht übergriffen. In Sachen ist die Lage unverändert. Die Technische Nothilfe scheint bisher noch an keiner Stelle eingesetzt zu sein. Doch hält sie sich in Bereitschaft. Einkweilen versuchen es die Direktionen mit einer eigenen Betriebshilfe, haben dabei aber auf Widerstand bei den Unterbeamten. Der Personenzugverkehr ist bisher nirgends gestört. Im Eisenbahnbesitz ist bei völliger Ablehnung der Vorkordnungen mit einem Streik zu rechnen, der allerdings auch auf Widerstand der Besatzungsbehörden stoßen dürfte.

Dresden, 9. März. (Eigener Funddienst.) Die Streikbewegung der Eisenbahnarbeiter im Bezirk Dresden hat sich weiterhin verhärtet. Die Zahl der Streikenden ist im Laufe des Sonntags auf rund 11 000 gestiegen. Die Streikbewegung hat sich bis in die kleinsten Orte fortgesetzt, nachdem die Verhandlungen sich verfrühen hatten.

Frühlings-Neuheiten

Die neuesten Bindungen und Farbentöne in unvergleichlicher Auswahl und Preiswürdigkeit

Spezialgeschäft für Herren- u. Damenkleiderstoffe  
Leipheimer & Mende

Badisches Landestheater  
Montag, 9. März 1925  
G 18, Z. 1. Gem. 1001-1300  
Die zärtlichen Verwandten  
Aufspiel in 3 Akten von Benedix. In Szene gesetzt von Herz.  
Personen:  
Oswald Barnau  
Witte  
Armgard  
Dittlie  
Hedwig von Hallen  
Dietrich  
Jouana  
Dr. Bruno Wismar Beng  
Dr. Offenburg  
Schummrich  
Reichard  
Luiselinde  
Anfang 7 Uhr Ende 9 Uhr  
Vorzugstorten haben Vortuglichkeit. Preise: Sperrpl. 1. Abtella 4.50 RT. 684  
Minorka  
Juchöhne schwarz höchstveredelt. 1 1/2 Hühnerländer Hahn bill. abzugeben.  
Printz, 1789  
Schillerstraße 41.  
Unterhaltener  
Kinderliegewagen zu verkaufen.  
Marienstr. 40, III. 118.

Statt jeder besonderen Anzeige.  
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Samstag früh 1/10 Uhr, meine liebe Frau und Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
Kath. Werthhammer  
geb. Berger  
nach langem, schwerem Leiden, im Alter von 44 Jahren entschlafen ist.  
Karlsruhe, den 7. März 1925.  
Begräbnis, 60  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
Fried. Werthhammer  
nebst Ehefrau  
Emma und Frieda.  
Die Beerdigung findet Montag, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, ab Friedhofkapelle statt.

Kneip-Verein  
Karlsruhe.  
2. Lichtbilder-Vortrag  
Donnerstag, d. 12. März  
abds 8 Uhr, im kleinen Festhallsaal  
a) Die Heilkraft des Wassers  
b) Die praktische Anwendung von Waschungen, Bädern und Umschlagen mit Lichtbildervorführung  
Referent: Herr Sanitätsrat Dr. Scholz  
Kurarzt in Bad Wörishofen  
Eintrittskarten sind im Odeon-Musikhaus, Kaiserstraße 175, erhältlich und zwar für Mitglieder und Angehörige à Mk. 0.50, für Nichtmitglieder à Mk. 1.00.

Pfannkuch  
Garantiert reiner  
Rakao  
70 Pf.  
Verfand nach auswärt.  
Pfannkuch

COLOSSEUM  
Heute abend 8 Uhr: 1650  
Ach hält ich doch 'ne Frau!  
Kohlen  
Holz u. Brikett  
alle Sorten, in nur erstklassiger Ware empfiehlt billigst u. schnell in jeder Menge frei Haus und ab Lager  
Math. Kohler  
Büro und Kleinverkauf: Durlacherstr. 30  
Telephon 4797.  
Hauptlager: Wolfartsweilerstrasse 4 (Rangierbahnhof)

4 Waldstraße 4  
neben Hotel Rotes Haus  
Konfirmation- und Kommunion-Geschenke  
Juwelen, Gold- und Silberwaren Bestecke, Armbanduhren  
nur beste Qualitäten zu alleräußersten Preisen empfiehlt  
Friedrich Abt  
Juweller  
vis-à-vis dem Kunstverein  
4 Waldstraße 4

Alle 8 Tage  
eine Haarwäsche macht nicht viel Mühe, verursacht ganz geringe Kosten, erhält die Kopfhaut gesund. Benutzen Sie hierfür Schaumpon mit dem schwarzen Kopf. Regelmäßige Waschungen mit Schaumpon sind das beste und wirksamste Mittel, um bis in's späte Alter kräftigen Haarwuchs zu behalten. Preis 20 Pfennig. Achten Sie genau auf die Schutzmarke.  
HANS SCHWARZKOPF - BERLIN - DAHLEM  
Wichtig ist, daß Sie beim Einkauf den Zusatz  
„mit dem schwarzen Kopf“ besonders betonen.

